

Thomas Hahn

„Heraus aus dem Elend mit allen Mitteln“ oder „heute schon das Brot von morgen essen“?

Konstitutionselemente wirtschaftspolitischer Alternativen des ADGB in der Krise 1928/33

1. Einleitung

Dieser Artikel setzt im weiten Sinne die Schwerpunkte der „Gewerkschaftsdiskussion“ und der „Krisenanalysen“ in der PROKLA insofern fort, als er an dem historischen Material der Wirtschaftskrise bis zur deutschen faschistischen „Lösung“ die sozialökonomischen Handlungsbedingungen und ihre theoretischen Argumentationsfiguren auf das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der organisierten Arbeiterbewegung bezieht (ADGB und SPD).

Anhand der leitenden Fragestellung nach den wirtschaftspolitischen Alternativmöglichkeiten gewerkschaftlicher Politik in der schweren Krise der 30er Jahre wird explizit die These entfaltet, daß in die Zielformulierungen und praxisbezogenen Theorien als lebensgeschichtlich handlungsorientierende Erfahrungselemente der Arbeiterbewegung die widersprüchliche Entwicklung der Vergesellschaftung der Arbeit, die ungleichzeitige Produktivkraftentfaltung und die sozialen Emanzipationsmöglichkeiten gleichzeitig innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsentwicklung eingehen: Sie scheinen in überlagerten Verhältnissen je spezifisch bei den sozialen Handlungsträgern gewerkschaftlicher Politik auf und werden von der Organisation als bearbeitete Erfahrung tradiert; damit ist auch gemeint: die Analyse des konkreten Verhältnisses von ökonomischer Entwicklung und politischem Handeln gibt wichtige Hinweise auf *die* Bedingungen eines umfassenden sozialistischen Transformationsprozesses, die innerhalb der „Gesetze der Ökonomie“ im Kapitalismus wesentlich von der Arbeiterbewegung insgesamt – und nicht nur von den analytisch/politisch bevorzugten produktiven Lohnarbeitern als „Motor und Kern“ einer sozialistischen Gesellschaft – ausgedrückt werden.

Gleichzeitig werden mit dieser Analyse auch die kapitalistischen Destruktionswirkungen auf das Bündnis von technischer und praktischer Vernunft aufgegriffen, das besonders in der deutschen Arbeiterbewegung eine starke geschichtsphilosophische Tradition hat und bis heute handlungsorientierend wirkt; ein Bündnis, demzufolge die Produktivkraftentwicklung politisch aus ihren destruktiven Tendenzen im Kapitalismus herauslösbar sei unter dem Aspekt praktischer Vernunft, für den die Arbeiterklasse als Verkörperung tendenziell gesamtgesellschaftlicher Rationalität immer bürge.

Wir verstehen die Untersuchung weiterhin auch als einen Beitrag zur Erläuterung historischer Lernvorgänge und politischer Orientierungsmuster innerhalb kapitalistischer Gesellschaftsformationen, und *nicht* als einen erneuten Nachweis reformistischer Politik sozialdemokratischer Tradition (01). Gerade nach der Auflösung der tradierten Arbeits- und Sozialstruktur durch die Industrialisierung verweist besonders die instabile Sozialintegration großer Teile der Arbeiterklasse in die Strukturen der ersten deutschen Republik (die auch im intellektuellen Milieu kaum Legitimation fand) darauf, in welchen Erkenntnissen und Handlungsmustern sich ein immer wieder entstehendes „falsches Bewußtsein“ ausdrücken kann. Historisch war es zumindest bei den sozialen Handlungsträgern, betrachtet man die verbreitete „protestantische Werk-moral“ und die Technikhoffnungen innerhalb der Arbeiterbewegung, ebensowenig linear wachsend antikapitalistisch, wie kapitalistisch integrativ (01A).

Allerdings hat die traditionell eng am Lohnkampf als Verteilungskampf gesellschaftlichen Reichtums orientierte Politik der FG und des ADGB, die allen Versuchen der sozialpolitischen/

technologischen Erweiterungen durch gewerkschaftliche Gruppen widerstand, auch ihren „Anteil“ an der Schwäche sozialer Bewegungen und der theoretischen „Entwaffnung“ der Arbeiterklasse im gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnis damals wie auch heute.

Eine weitergehende Analyse zum konkreten Verhältnis von Handlungsstrukturen und gesamtgesellschaftlichem Regelsystem, die auch die klassenspezifisch antikapitalistischen Latenzformen mit aufzunehmen hätte, muß noch geleistet werden; wir hoffen, in dem Artikel dazu Anstöße gegeben zu haben.

Wenn wir im folgenden dennoch relativ eng am historischen Material argumentieren, so liegt dieser methodischen Präferenz die Überlegung zugrunde, *die Handlungsstrukturbedingungen mit ihren Folgen für eine Krisendeutung und politische Lösungsformen aufzuzeigen, die nicht nur traditionell Ansatzpunkte einer gewerkschaftlichen Antikrisenpolitik gewesen sind, sondern auch heute die BRD-Diskussion v.a. in den „Memoranden zur alternativen Wirtschaftspolitik“ bestimmen.* Stichworte dazu sind:

- Maßnahmen zur Vollbeschäftigung („Recht auf Arbeit“);
- Konsum- und Lohnverzicht zugunsten eines wirtschaftlichen Wiederaufschwungs (Wachstumspolitik);
- Lohnerhöhungen als Kaufkraftsteigerung; Unterkonsumtionstheorie;
- Planmöglichkeit und Kontrolle einer arbeitsorientierten Produktionspolitik;
- Sicherung der Leistung des „Sozialen Netzes“;
- Sozialisierung der Schlüsselindustrien;
- Konsolidierung der gewerkschaftlichen Gegenmacht und Stärkung der Basisbewegungen im Betriebsbereich;
- Handlungsfähigkeit sozialdemokratischer Gewerkschaften innerhalb einer sozialdemokratischen Regierungsverantwortung;
- Investitionskontrolle, volkswirtschaftliche Rahmenplanung und Veränderung staatlicher Finanzziele etc.

2. Wirtschafts- und Gewerkschaftspolitik des ADGB in der Krise

Wir setzen hier die sozialökonomische Entwicklung als wesentliche Erfahrungszusammenhänge für die deutsche Arbeiterbewegung voraus (1) und wollen jetzt stichwortartig einige Merkmale gewerkschaftlicher Entwicklung in der Weimarer Republik aufzeigen, die die Haltung zur Wirtschaftspolitik und den Arbeitbeschaffungsprogrammen innerhalb der Gewerkschaften wesentlich mitbestimmt haben.

Der Preis, den die Gewerkschaften für die Anerkennung ihrer Organisation als legitimer Vertreter der Arbeiterinteressen 1918/19 bewußt in der von ihnen auch gegen die radikaleren Bestrebungen von ‚links‘ in der Arbeiterbewegung initiierten ZAG (2) zahlten, war der Verzicht auf den Versuch, weitgehende, das politische System transformierende Veränderungen der ökonomischen Grundstrukturen von *oben* vorzunehmen; weiterhin der Verzicht auf Eingriffe in die ökonomische/technische Entscheidungssphäre der Unternehmungen, auf eine arbeitsorganisatorische Umgestaltung, und sie akzeptierten die geforderte Beschränkung der Betriebsratstätigkeiten auf den sozialpolitisch subsidiären Bereich. Mit diesen Unterlassungen spalteten sie den radikaleren Teil unter ihren Mitgliedern ab, was sich vorübergehend zunächst in der Stärkung syndikalistischer und unionistischer Gruppen organisatorisch niederschlug, die besonders auf der unmittelbaren Betriebsebene größeren Einfluß erlangten. Nach der erfolgreichen Verkürzung gewerkschaftlicher Politik auf den Lohn/Leistungsrahmen (heute: Tarifpolitik), der nur begrenzte reakt-

tive Steuerungspotentiale besitzt, nahmen die sozialdemokratischen „Mehrheitsgewerkschaften“ bei den Auseinandersetzungen um die Lohn-, Sozialisierungs- und Arbeitszeitfragen eine eher vorsichtig abwägende, an Verteilungsgesichtspunkten orientierte Position ein, die nicht ohne Voraussetzung war. Als Vulgarisierung der Marx'schen Arbeitswertlehre findet sich dieses sozialdemokratische Politik- bzw. Technikverständnis schon im Gothaer Programm. Mit dem Begriff der „Werksmoral“ wurde Fabrikarbeit schlechthin mit proletarischer Leistung identifiziert, die enormen Technologieveränderungen der Zeit als wachsende Naturbeherrschung einseitig gefeiert und auf die Formbestimmung der Arbeit, begriffen als Arbeit sans phrase, frühzeitig verzichtet. Nicht als potentielles Subjekt gesellschaftlicher Evolution, sondern in einer Entkoppelung von bilden und gebildet werden (Hegel) schwimmt die Arbeiterbewegung in ihrer Selbsteinschätzung auf der „Woge des Fortschritts“. Daher bestehen auch in den politischen Debatten der Zeit nicht mehr die empirisch bezogenen Bildungs-, bzw. Bewußtseins- und Arbeitsbegriffe zur Disposition, sondern in Abwehr der gegebenen Erfahrungen der Klassenbewußtseinsbegriff (Lukacs).

Es ist unseres Erachtens auch von daher berechtigt zu sagen, daß die Freie Gewerkschaftsbewegung (FG) politisch erheblich geschwächt aus dem Kriege hervorging und die dort erlebte katastrophische Technikerfahrung keineswegs als Korrektur ihres Fortschrittsverständnisses verarbeitete. Ihre positive Einstellung zur Entwicklung der Produktivkräfte schloß im Betriebsbereich weiterhin die Anerkennung der tayloristischen Arbeitsgestaltung und die Kapital- und Managementstrategien in der Technikentwicklung ein; die vermuteten sozialen Folgen gedachte man weitgehend sozialpolitisch über eine SPD-Regierung gesetzlich abfedern zu können.

Mit sehr defensiv gehaltenen Strategien verzichtete sie sogar weitgehend auf eine Klärung der Beziehungen von Arbeiterinteressen und Gesellschaftssystem, wie sie von den radikalen Teilen der Arbeiterbewegung, die von der tiefgreifenden sozialstrukturellen Veränderung der rapiden Industrialisierung am stärksten betroffen waren, in offenen Kampfstrategien immer wieder angemeldet wurden.

Die ökonomische Entwicklung nach Kriegsende zeigt dann auch in den unterschiedlichen Etappen, daß und wie sich in dem Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital die Kapitalseite nach der Überwindung der revolutionären Situation 1919 weitgehend durchsetzte und in der Phase der Inflation und intensiven Rationalisierung die notwendig damit verbundene Schwäche der Gewerkschaften für sich nutzen konnte (4). Eine Schwäche, die aus der ökonomisch induzierten, auch strukturellen Zersplitterung des Gesamtarbeiters resultierte und sich in fehlender Vereinheitlichung politisch ausdrückte; sie wurde noch vom ADGB durch seine Politik der „Beschäftigten“, und darunter besonders der Facharbeiter, verstärkt (5).

Es stellte sich schnell beispielsweise anhand der Entwicklung staatlicher Schlichtung heraus, daß die über die ZAG „errungene“ Anerkennung als Tarifvertragspartner nicht gleichzeitig Tarifautonomie bedeutete, und die Gewerkschaften büßten auch hier ihre „Handlungsfreiheit“ über zwei Seiten einer Medaille ein (6): Die staatliche Zwangsschlichtung mit der Verbindlichkeitsklausel band sie einerseits an so etwas wie gesamtwirtschaftlich vernünftige „Lohnleitlinien“, andererseits orientierte die Schlichtung den Weg der Einflußnahme stärker auf staatliche Instanzen – wie

z.B. das Reichsarbeitsministerium – und weg von einer aktiven Arbeitskampfstrategie, deren Risiko von den Funktionären schon bald als zu hoch eingeschätzt wurde (7). Die unbezweifelbaren Erfolge der Gewerkschaften in dem reformistisch verkürzten Tarifrahmen der Lohn- und Sozialpolitik beruhten daher ebenso wie die Mißerfolge in der Arbeitszeitfrage stärker auf dem Maß an Konzessionsbereitschaft der Kapitaleseite, besonders in den ökonomischen Aufschwungphasen der Republik, als auf einem harten Gewerkschaftskampf, der sich auf eine ökonomisch/politisch fundierte Strategie und Taktik hätte stützen müssen. Beide lagen aber nicht vor.

Die vorherrschende Analyseform der Gewerkschaften zeichnete sich dadurch aus, daß die sozialpolitischen Entwicklungen in der Weimarer Republik nicht in Beziehung gesetzt wurden zur historischen Stufe kapitalistischer Entwicklung der Produktivkräfte und des Stands der Klassenkämpfe, sondern als kontinuierliche Verbesserungen ausgegeben wurden. Zudem sind ein Großteil der „Errungenschaften“ als echte Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse direkt über den parlamentarischen Weg zustande gekommen, und die Zwangsschlichtung erwies sich angesichts der Schwäche der Gewerkschaften manchmal sogar als willkommene Schranke gegen die Angriffe der Unternehmer auf die „Sozialkosten“.

Die Erfahrungsbasis gewerkschaftlicher Interessenvertretung erfuhr damit insgesamt eine entscheidende handlungsorientierende Akzentuierung, die direkt an ihre im Ersten Weltkrieg hochzentralisierte und bürokratisierte Entscheidungsstruktur (8) anknüpfen konnte: Die Durchsetzung der Arbeiterinteressen gegen die Kapitalinteressen erscheint für die Freien Gewerkschaften aktuell wie auch langfristig über das politische System, d. h. den Staat oder die jeweilige Regierung, am erfolgreichsten. Die Ebene der gesellschaftspolitischen Verhältnisse, markiert von der Macht und Interessenlage privatwirtschaftlicher Unternehmenspolitik, die im Betrieb die Arbeits- und Lebensverhältnisse der abhängig Beschäftigten weitgehend bestimmt und gewerkschaftliche Politik umfassend modifiziert, diese Ebene wird vernachlässigt zugunsten einer überzogenen staatlichen Arbeits- bzw. Sozialgesetzgebung, Arbeitsschutzmaßnahmen und Aufsichtskontrollen. So schreibt beispielsweise der einflußreiche Gewerkschafter Tarnow:

„... die Situation, in der wir uns befinden, (ist) die, daß auf dem politischen Vormarsch der Arbeiterbewegung *grundsätzlich* der Sieg erfochten ist. Die *Grundlagen* des Staates sind heute so, daß die Arbeiterklasse berechtigt ist, die politische Macht auszuüben, daß es nur von ihrem Willen abhängt, ob sie von diesem Rechte Gebrauch macht. Es ist eine Frage der politischen Aufklärung, nicht mehr der Staatsverfassung.“ (9)

Die Frage nach den materiellen Zwängen, resultierend aus Veränderungen der Produktionsbedingungen des Profits im Fortgang des Zyklus, die jeweils die politische Interessenlage ausprägt, brauchte nicht mehr gestellt zu werden, da ja die Ökonomie grundsätzlich als vom Staat regulierbar betrachtet wurde; daß die Tätigkeitsgrenze des Staates gegenüber der Lohnarbeit auf dem Hintergrund überdeterminierter kapitalistischer Ökonomie gesehen werden muß, die die Alternativen staatlichen Handelns besonders in einer Krise auf klassenspezifische Lösungen zugunsten des Kapitals oder einer hegemonialen Kapitalfraktion einengt, war nun außerhalb des gewerkschaftlichen Blickfeldes geraten, und zwar bis zur faschistischen Machtübernahme.

Das ist mit ein Grund dafür, daß der ADGB sich nicht um eine systematische Analyse der NS-Partei bemühte *und* es nicht für möglich hielt, daß die ökonomisch auftretende Krise eine politische Lösung erfährt, die verschiedene Gruppen zur Massenbasis des Faschismus binden könnte.

Eine Überprüfung dieses im Kern reformistischen – weil besonders das Verhältnis von Ökonomie und Politik einseitig auflösenden – Lehrsatzes, wonach die Stärke der Arbeiterbewegung resp. die Macht der Gewerkschaften auf der Stärke ihres Einflusses auf Parlament, Gesetzgebung und Regierung beruhe, fand innerhalb der maßgebenden Aktions- und Funktionsträger der Freien Gewerkschaften nicht mehr statt; sie waren zudem sehr in der Hilferdingschen, schon 1924 ausformulierten und immer wieder wiederholten Grundannahme der Gesellschaftstheorie des „Organisierten Kapitalismus“ befangen (10), nach der den hierarchisierten Klassenverhältnissen durch den Ausbau der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Positionen in den politischen und wirtschaftlichen Institutionen der Republik begegnet werden könne; d.h. sie waren befangen in dem Primat politischer Taktik innerhalb gesamt-politischer Gesellschaftsorientierung und favorisierten den subsidiären (sozialpolitischen) Ausbau. Damit lieferten sie sich schon im Ansatz den bürgerlichen Bereini-gungstherapien in einer Krise aus oder mußten auf orthodoxe Muster zurückfallen (10a).

Die beiden angenommenen Voraussetzungen der zusammenhängenden Konzeptionen von „Organisiertem Kapitalismus“ und „Wirtschaftsdemokratie“ waren, wie Blanke es treffend zusammenfaßt: „1. ein Kapitalismus, der sich aufgrund innerer Organisationsprozesse künftig krisenfrei reproduzieren würde; 2. die mögliche Verfügung der Sozialdemokratie über den parlamentarischen Staat durch Ausweitung der Organisation und der Wählerbasis oder über Koalitionen oder Einflüsse auf die Staatsbürokratie“; der daraus folgende Vorrang einer gesamtpolitisch orientierten Politikform, die das Primat der politischen Taktik notwendig einschließt, ist weder zu einer antagonistischen sozialökonomischen Strukturform ausgearbeitet noch handlungsorientierend zu der sozialpolitischen Demontage in Beziehung gebracht worden: auch darin liegt die Handlungsunfähigkeit der Sozialdemokratie nicht nur in der Krise, dort aber zugespitzt, begründet.

Die öffentlich rechtliche Funktionsstärkung der Gewerkschaften tauchte als Zielprojektion innerhalb des prinzipiell als „biegbar“ angesehenen Kapitalismus in dem 1928 offensiv vertretenen geschlossenen Konzept der Wirtschaftsdemokratie klar auf und ersetzte dort inhaltliche Aussagen über die Verbindung der aktuellen ökonomisch-politischen Lage zur immer noch verbal aufrecht erhaltenen Zielbestimmung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Damit wurde der emanzipative Prozeß einer sozialen Revolution schon programmatisch ausgeblendet. Das jeweils besondere, in seiner Grundstruktur im Kapitalismus jedoch stabile Verhältnis von Ökonomie und Politik mit der Privilegierung der Kapitalakkumulation wurde in dieser Konzeption seit den ersten Diskussionen 1925 in Heidelberg (SPD) und Breslau (ADGB) aus seiner dialektischen Spannung herausgelöst und vereinseitigt zu einem politischen Beteiligungsmodell mit bestenfalls ökonomischen Nachwirkungen. Von daher kann trotz einiger Differenzen die Hilflosigkeit von SPD und ADGB angesichts

einer auch für sie kaum vorhersehbaren schweren ökonomischen Krise ab 1927/28 nicht erstaunen; noch verwundert ihre Einschätzung des eigenen Einflusses, die Depression *politisch* überwinden zu können mit einer strukturell aktiven Wirtschaftspolitik als Anpassung der „Politik“ an die ökonomischen Erfordernisse, zumal ihnen nur dürftige Krisen- und Konjunkturtheoriefragmente zur Verfügung standen; damit war jedoch nicht eine grundlegend antikapitalistische Strukturveränderung gemeint, sondern eine antizyklische Korrektur im bestehenden Reproduktionsmechanismus. Die Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ impliziert, die inneren Mechanismen und Regeln des kapitalistischen Wachstumsprozesses zu akzeptieren; das bedeutet gerade in der Krise, sie beispielsweise als „Reinigungskrise“ von Disproportionen in Produktion und Konsumtion voll zuzulassen zugunsten eines neuen Aufschwungs; an diesen Überlegungen machte sich auch die Ablehnung der aktiven staatlichen Wirtschaftspolitik *in* der Krise durch die SPD hauptsächlich fest. Die Antinomie zwischen der Erhaltung demokratischer Grundwerte und Politikformen *und* der Unterstützung des kapitalistischen Akkumulationsprozesses wurde mit dieser dezisionistischen Haltung zugunsten eines „Nacheinanders“ folgenreich aufgelöst.

Die konkreten Lasten der Depression in ihren tiefsten Phasen schälten aber doch noch Differenzen zwischen der SPD und dem ADGB in ihren wirtschaftspolitischen Vorschlägen heraus, die sich aus den unterscheidbaren Interessensphären ergeben: Die Gewerkschaften müssen vordringlich Verkaufs- und Reproduktionsbedingungen für die in großem Umfang brachliegende Ware Arbeitskraft schaffen und damit auch die Schwäche der Organisation gegenüber dem Kapital aufheben. Für sie lag es von daher nahe, zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu greifen, die versprochen, die Arbeitslosigkeit beseitigen zu können: wie die Förderung der effektiven Nachfrage und damit der Auslastung der bis zu 50 % unausgelasteten Kapazitäten, indem sie den Nachfrageausfall im privaten Sektor (stagnierender Konsum) durch Ausweitung der öffentlichen Nachfrage und der Förderung des Massenkonsums kompensieren wollten. Dieses Vorschlagsmuster zielt zwar auf die Wiederherstellung und Erhaltung der materiellen Stellung der Lohnabhängigen, aber in seiner Orientierung am Krisensymptom Arbeitslosigkeit greift es zu kurz und erschwert eine Krisenlösung im privat-kapitalistischen Sektor, indem es dort notwendige Entwertungsprozesse mit möglichen inflationären Folgen aufschiebt. Darüberhinaus könnte sich durch die dazu notwendige staatliche Kreditaufnahme der private Kredit verteuern und, was gravierender ist, strukturelle Disproportionalitäten würden über Vorschläge auf der Ebene der Kaufkrafttheorie unwissentlich, aber nicht auf Dauer, festgeschrieben.

Diese und andere Vorbehalte lagen wohl der passiven Einstellung der SPD zur Wirtschaftsentwicklung insgesamt und der Wirtschaftspolitik in der Krise zugrunde, ohne sie jedoch analytisch in einer Untersuchung dieser Krise konkret herausgearbeitet zu haben (11). Die SPD hatte weder die Bedingungen und Bewegungsformen der ökonomischen Krise bis dahin richtig einschätzen noch der Arbeiterklasse als ganzer eine politische Strategie vorschlagen können, die dem Zusammenhang von ökonomischer Krise und Kapitalismus gerecht werden konnte. Besonders die programmatische Theorie der „Wirtschaftsdemokratie“ bei den Gewerkschaften trug

mit ihrer fatalen Implikation krisenfreier Wirtschaftsentwicklung dazu bei, daß Tragweite und Bedeutung der beginnenden Krise kaum erkannt und verharmlost wurden. Nach den offensichtlichen Mißerfolgen des ADGB mit einer auf die Gesamtkonjunktur zielenden „Hochlohnpolitik“ bei den konkurrierenden Einzelunternehmen richtete sich die politische und gewerkschaftliche Strategie zunehmend darauf ein, den Forderungen der Kapitaleseite durch den Verzicht auf die Errungenschaften der Prosperität direkt und indirekt entgegenzukommen: Der Reformismus macht jetzt wieder deutlich seine Politik für die Interessen der Arbeiter von der kapitalistischen Konjunktorentwicklung bzw. von der Krisenlösungsform abhängig. Die politische Krise der Republik wurde nicht auf die ökonomische Krise zurückbezogen, sondern die politische Strategie wurde über die bekannte Annahme neutraler Staatsgewalt als eines allen Klassen gleichermaßen zur Verfügung stehenden Instruments politischer Zielverwirklichung auf die Erhaltung der politischen Form der parlamentarischen Republik über die ökonomische Krise hinweg orientiert. Auf die Einschätzung des *politischen* Krisenverlaufs schien im Lager des Reformismus der objektiv vorliegende Zusammenhang von Politik und Ökonomie in der Systemkrise der Weimarer Republik jedenfalls kaum Einfluß gehabt zu haben.

Einschränkend muß hier erwähnt werden, daß die von uns angedeutete Selbstauflösung sozialdemokratischer *Politik* insoweit der Antinomie politisch folgte, wie es für sie unmöglich war, umfassende ‚Volkspartei‘ zu werden *und* gleichzeitig der Krise mit grundlegenden Strukturveränderungen des deutschen Kapitalismus — besonders gegen die aggressiven Teile der kartellierten Schwerindustrie (12) — entgegenzutreten.

In der Einschätzung des ökonomischen Krisenverlaufs durch die SPD tauchte der Zusammenhang nur insofern auf, als man frühzeitig dem ungehemmten ökonomischen „Reinigungsverlauf“ disproportionaler Entwicklungen ohne Eingriffe stattgeben wollte. Erst herausgefordert von den aggressiven Arbeitsbeschaffungsplänen des ADGB, die im Grunde das Arbeitslosigkeitsproblem teilweise von den privatwirtschaftlichen Erfordernissen mit Hilfe staatlicher Stützung abzukoppeln versuchten, forderten die SPD-Wirtschaftsfachleute Hilferding, Naphtali und Paul Hertz die Zurückhaltung des Staates, da erst die Krise die Grundlage für die erneute Wiederherstellung des Verwertungsgrades des Kapitals und den zyklischen Aufschwung sorgen könne. Außerdem führe eine solchermaßen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitete künstliche Auslastung der Kapazitäten zu überzyklischer Inflation bei gleichzeitiger Verdeckung der strukturellen Defizite im Reproduktionsprozeß des Kapitals; so die Kernpunkte der sozialdemokratischen Argumentationsfiguren gegen die Vorschläge des ADGB (13).

Die unsicheren, „auf dem Sumpfpfad der Tolerierung“ (14) meist politisch-moralisch akzentuierten Stellungnahmen zu den Krisenlösungsversuchen, die in den Notverordnungen immer noch ein „Stückchen Sozialismus“ finden, von der Brüning-schen Deflationspolitik bis zu Schleichers schon antizyklischer Orientierung, scheinen die reale wirtschaftspolitische Alternativlosigkeit des Teils der organisierten Arbeiterbewegung zu bestätigen (15), der in der Krise seine reformistische Ideologie Zug um Zug materiell infrage gestellt sieht und zudem die relative Übereinstimmung

seiner mit denen der bürgerlich-konservativen Krisenlösungsmuster feststellen muß. Gleichzeitig wurde es für die Freien Gewerkschaften bei Dauer der Depression immer unmöglicher, auch nur ein Minimum alltäglicher Arbeiterforderungen zu realisieren, da das Kapital in wesentlichen Teilen selbst an der Grenze seiner Reproduktionsfähigkeit stand. Außerdem hätten diese Forderungen ganz andere Kampfsschritte notwendig gemacht. So blieb es größtenteils bei wortradikalen Proklamationen und realitätsferner orthodoxer Kapitalismuskritik.

Die ideologische Absicherung wirtschaftspolitischer Zurückhaltung sozialdemokratischer Politik in der Krise geht auch auf die Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ als Basis des Übergangs zum Sozialismus zurück. Sie rechtfertigt anscheinend auch die gewerkschaftliche Auffassung des Krisenausgangs, indem man aus der Not einfach eine Tugend macht: „Wenn die Nebel dieser ökonomischen Krise sich verzogen haben werden, dann wird man deutlich sehen, daß auch in dieser Zeit die sozialistischen Fundamente stärker, die kapitalistischen schwächer geworden sind.“

(16) Das bedeutete eine klare Absage an eine eigene strukturpolitische Konzeption *und* eine – erfahrungsgeleitete – Fehleinschätzung der politisch möglichen Form der Krisenlösung mit einer Konstellation aus verschiedenen gesellschaftlich integrierten Gruppen zur faschistischen Massenbasis; diese Gruppierungen waren auch vordergründig integrierbar durch ein breites, inkonsistentes NS-Gesellschaftsprogramm, in dem man leicht sein „Unbehagen am System“ gespiegelt fand; zum Beispiel im NS-Wirtschaftsprogramm mit seinem neuen Arbeitsethosversprechen (17).

Dieser „Zukunftsglaube“ anstelle gewerkschaftlicher Eigenaktivitäten ließ sich in und von den Gewerkschaften immer weniger verteidigen angesichts der voll auf die Arbeiterklasse abgewälzten Krisenlasten, so daß unter diesem Druck im ADGB als einziger deutscher Gewerkschaft begonnen wurde, eigenständige, zumindest konjunkturtheoretisch unorthodoxe Vorschläge zur Überwindung der Wirtschaftskrise auszuarbeiten und zu propagieren. Als Arbeitsbeschaffungsprogramme traten sie ab 1930 mit aggressiven Antidepressionsvorschlägen auf einer Defizitfinanzierungsgrundlage zur effektiven Erhöhung der Nachfrage in die öffentliche wirtschaftspolitische Diskussion ein und fanden sogleich starkes sozialpolitisches Echo. Diese Pläne schienen von den bisherigen Versuchen hauptsächlich dahingehend abzuweichen, daß sie an den ökonomischen Bewegungen ansetzten *und* den politisch-staatlichen Bereich über umfassende staatliche Investitionsprogramme hinzunahmen, d. h. sie versuchten sich zumindest wieder auf beide Seiten des Verhältnisses gesellschaftlicher Entwicklung zu beziehen. Wir können hierbei durchaus von einem antizyklischen Politik-Typ gewerkschaftlicher Forderungen sprechen. Er wurde aber durch die von der SPD politisch verfolgte Tolerierungshaltung prozyklisch/krisenverschärfend scharf behindert (18).

Der ADGB versuchte mit diesen Vorschlägen über die tagespolitischen sozialen Inhalte bisheriger Forderungskataloge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, wie: für Vollbeschäftigung, 40 Stunden-Woche bei 8 Stunden-Tag, Arbeitsstreckung und Krümpersystem, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und für Einführung des 9. Pflichtschuljahres etc. hinauszugehen und die Arbeitslosigkeit über den monetären Konjunkturbelebungshebel und eine Kapitalgüterproduktion einschränken zu

wollen.

Ob den Arbeitsbeschaffungsprogrammen und dem im Anschluß gemeinsam mit dem AfA-Bund vorgelegten Plan zum „Umbau der Wirtschaft“ (19) eine aufgrund der veränderten materiellen Lage und der Erfolglosigkeit von Einzelmaßnahmen erheblich veränderte Wirtschaftstheorie als politisches Orientierungsmoment für gewerkschaftliche Strategie und Taktik zugrundeliegen oder ob die Programme auf unverändert reformistischer Grundlage Arbeitslosigkeit als Krisensymptom gesellschaftlich losgelöst über eine folgenreiche Belebung der Gesamtwirtschaft sozialpolitisch nur „einzudämmen“ versuchen, wollen wir anhand dieser Pläne herausarbeiten.

2.1. Arbeitsbeschaffung als „Kampf gegen die Wirtschaftskrise“

Den inhaltlich fortgeschrittensten und geschlossensten Stand, der innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften weite Verbreitung bis zur parlamentarischen Verwendung gefunden hat, repräsentiert der WTB-Plan zur Arbeitsbeschaffung vom 26. 1. 1932. Er wurde nach abgeschlossenem Meinungsbildungsprozeß ohne weitere Erörterung durch die wenigen Redner auf dem Krisenkongreß am 13. 4. 1932 in die einmütige Entschließung aufgenommen. Seinen inhaltlichen Ausgangspunkt nahm dieser Plan nachweislich wohl in den Ausarbeitungen des Leiters des Statistischen Büros des ADGB, Wladimir Woytinsky, der zunächst von nationalen Grenzen in der Folgewirkung der Wirtschaftspolitik absah und sich auf einen Zusammenhang von Strukturwandel der Wirtschaft und ihren Folgen für die Arbeiterklasse bezog. Dominant für seine Vorschläge zur Krisenbekämpfung war die Ursachenbestimmung der mangelnden Kaufkraft und damit Warenüberproduktion (Unterkonsumtionstheorie), die er durch einen internationalen Preisabbau reguliert sehen wollte. Diese Überlegungen fanden Eingang in das auf Februar 1931 datierte „Aktionsprogramm für die Belebung der Wirtschaft“. Seine starke gewerkschaftsinterne Beachtung rührte sicherlich auch daher, daß das Aktionsprogramm in seiner volkswirtschaftlichen Orientierung die Arbeitslosigkeit quasi im Nebeneffekt über eine staatlich induzierte Wirtschaftsbelebungsaktion zu mildern versprach. Diese stärker volkswirtschaftliche Konjunkturbetrachtung war für die Gewerkschaftsbewegung auch in den Führungskreisen noch ungewohnt. Aber im konkreten Fall bisheriger Erfolglosigkeit nach dem ersten Weltkrieg und in der Rationalisierungsphase kam sie ihnen durch ihren starken Gegenwartsbezug wohl entgegen.

Handlungsanleitende Stichpunkte des Programms waren:

- Beeinflussung der Preisentwicklung durch einen staatlich induzierten Produktionsaufschwung
- sinnvolle Arbeitsbeschaffung nur durch Kapitalschöpfung und nicht über eine Umverteilung knapper Mittel in der Krise
- beides steht im Zusammenhang mit der Goldpreiswährung, wobei es sich auf die monetären Überlegungen bei Keynes beruft.

Mit der Behauptung: „Krisen im Kapitalismus sind vermeidbar“ und der ab-

fälligen Bemerkung zur sozialistischen Zukunftsmusik bricht Woytinsky eine nie bededete polemisch geführte Kontroverse um das „Nur-Gewerkschaftstum“ innerhalb von SPD und Gewerkschaften wieder auf.

Das erweiterte Programm wurde – neben dem von Hörsing aus Reichsbannerkreisen schon veröffentlichten Plan gegen die Arbeitslosigkeit – auf der Vorstandssitzung des ADGB am 9. 3. 31 als zu publizierende Druckschrift andiskutiert und ohne nachweisbare Korrekturen zum Druck freigegeben. Damit bekam der Plan in allen seinen Implikationen gewerkschaftsöffentlichen programmatischen Charakter. Das antizyklische Moment fand seine Erwägung in dem scheinbar neuen – weil national bezogenen, aber auch international gedachten – Vorschlag, nach dem der Staat in der Prosperität Reserven für ein deficit-spending-Programm in der Depression bilden sollte.

Die nächste Konkretions- und direkte Vorlaufstufe zum WTB-Plan innerhalb der Krisendiskussion erfuhr der Plan mit der Zuspitzung zur Arbeitsbeschaffungsforderung in den „Thesen zum Kampf gegen die Wirtschaftskrise“ vom 23. 12. 1931 (20). Als veröffentlichte Fassung wurde dieser – stärker national akzentuierte – Arbeitsbeschaffungsplan als WTB-Plan vom 26. 1. 1932 bezeichnet und in einigen Punkten, so in der Finanzierung über eine Reichskredit A.G. präzisiert unter Einschluß von Notenschöpfung.

Die Hauptgedanken dieser WTB-Fassung, die bis zum Krisenkongreß 1932 offensichtlich erfolgreich als Elemente gewerkschaftlicher Strategie in der Arbeitsbeschaffung verankert worden sind, können wie folgt umrissen werden:

- Zur Belebung der Wirtschaft muß ein Anstoß von außen erfolgen, da die bisher wirksamen Krisenüberwindungskräfte außer Funktion sind.
- Dieser Anstoß ist vorgesehen über die Restituierung von 1 Mio Arbeitslosen in Arbeitsplätze durch öffentliche Körperschaften, die die Kreditsumme von ca. 2 Mrd. RM als Schuldverpflichtung langfristig übernehmen; eventuelle Baransprüche können über zusätzliche Notenschöpfung laufen.
- Laufzeit dieser Arbeitsbeschaffung zunächst ein Jahr.
- Inflationsbefürchtungen sind grundlos, da die Massenkaukraft oder die Notenvermehrung über ein Jahr relativ gering gehalten sind, z. T. wieder in die Reichsbank zurückfließen und dort abgebaut werden können.
- Der kreditierte Wirtschaftsaufschwung bringt Ersparnisbildung wieder in Gang, die dann in der Deckung vorgezogener Mittel wieder Verwendung finden.
- Warenverknappung durch zusätzlichen Notenumlauf ist in dieser Krise deswegen nicht zu erwarten, weil die technischen Voraussetzungen zur schnell erweiterbaren Güterproduktion schon vor der Krise vorhanden waren und derzeit nur brach liegen.
- Erwartet werden muß über die Kaufkraftsteigerung von 2 Mrd. RM eine etwa um 150 Mill. RM mehr belastete Außenhandelsbilanz; diese Größenordnung ist aber von der deutschen Handels- und Zahlungsbilanz durchaus verkraftbar.

Abschließend wird in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm noch einmal betont, daß diese vorgeschlagene aktive Konjunkturpolitik mit keinen anderen Mitteln arbeiten, als sie in dem normalen Krisenverlauf von selbst zur Anwendung gekommen wä-

ren, wenn die Privatinitiativen an großen Industrieprojekten wie bisher funktioniert hätten und auch weiterhin Anlagemöglichkeiten in den Kolonien zur Verfügung ständen.

Deutlich wird hier wiederum, daß dieser gewerkschaftliche Krisenplan strukturalistisch ist. Er enthält keine Korrekturen der Formbestimmtheit der Arbeit, der konkreten Arbeitsorganisation, der Technikpolitik und des sozialstrukturellen Entwicklungsprozesses, wie er sich als Voraussetzung und Ergebnis der kapitalistischen Vergesellschaftung der Arbeit herausgebildet hat.

2.1.1. Der Krisenkongreß des ADGB (13. 4. 1932) und die Gewerkschaftskrise

Die politische Bedeutung dieses kurzfristig einberufenen außerordentlichen Kongresses innerhalb der Arbeiterbewegung, sieben Monate nach einem ordentlichen Gewerkschaftskongreß, der noch ganz im Zeichen der Wirtschaftsdemokratie gestanden hatte, wird durch den einzigen Tagesordnungspunkt „Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung“ schon angezeigt. Unmißverständlich verweist diese Formulierung auf die nunmehr kaum noch kompromißbereite Vertretung des gewerkschaftlichen Standpunktes gegenüber der SPD, wonach gerade in der Krise die Gewerkschaften aktiv die Interessen der Lohnarbeiter insgesamt zu verteidigen haben, denn: „Kollegen, sagt es draußen, wo immer sich die Gelegenheit bietet, ohne Arbeit geht nicht die Kapitalistenklasse, sondern die Arbeiterklasse zuerst zugrunde.“ (21) Damit wurde hin zur SPD, die sich nur sehr zögernd wegen der Finanzierung zur Arbeitsbeschaffungsprogrammatisierung, aber vor allem wegen der verzerrenden Wirkungen von Eingriffen in der Krise insgesamt bekannte, innerhalb der Gewerkschaften und für die Öffentlichkeit ein Bekenntnis zum sozialen Kampf abgelegt. Gleichzeitig wurde damit versucht, auf die laufenden innerministeriellen Beratungen Einfluß auszuüben. Der Erfolg blieb aber hauptsächlich deswegen aus, weil die Reichsbank sich gegen jegliche Kreditausweitung sperrte.

Über die vorgeschlagene aktive, konjunkturell bezogene konkrete Wirtschaftspolitik auf der Grundlage des WTB-Arbeitsbeschaffungsprogramms stellte man sich, wie Eggert es sinngemäß ausführte, einen ökonomisch und politisch gangbaren Weg durch die Krise vor, der sich zwischen den Extremen der tatenlosen „Zusammenbruchstheoretiker“ und den Unternehmerforderungen nach Freiheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems „durchkämpft bis zu einer planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft“. Daß diesem Weg des WTB-Plans die Reichsregierung vor allem wegen des Primats des ausgeglichenen Haushalts und der drohenden Inflationsgefahr durch Kreditgewährung nicht folgen könne – bei prinzipieller Anerkennung von Arbeitsbeschaffungsprogrammen – , verdeutlichte Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem Kongreß. Er wandte sich besonders in der Bestimmung der Faktoren zur Krisenverschärfung direkt gegen die von Leipart zuvor auf dem Hintergrund der Kaufkrafttheorie ins Feld geführten „Wahnsinn der Lohnkürzungen“ und setzte die Notwendigkeit der Währungsstabilität auch unter Reparationsgesichtspunkten dagegen. Damit favorisierte er Arbeitsbeschaffungsprojekte im Agrarbereich, die geringe fi-

nanzielle Aufwendungen erforderten und die städtischen Wohlfahrtsaufwendungen ebenso wie den freiwilligen Arbeitsdienst über eine ländliche Autarkiebewegung entlasten könnten.

Der von Eggert auf diesem Kongreß vorgeschlagene nationale Arbeitsbeschaffungsplan bewegte sich völlig auf der innergewerkschaftlichen Kompromißlinie der WTB-Vorstellungen; die durchaus auf diesem Kongreß vertretene, gerade in der Krisenpolitik abweichende SPD-Position verzichtete auf eine Darstellung.

Im einzelnen geht der Plan von 2 Mrd. RM für 1 Mio. neue Arbeitsverträge im Jahr aus, die für den Bereich Straßenbau, Hochwasserschutz, Kleinwohnungsbau, Hausreparatur, Siedlungen, Meliorationen und Streckenbau und -erneuerung bei der Reichsbahn wie Grunderneuerungen im Postbereich vorgesehen waren. Die Finanzierung soll aus den eingesparten Beträgen der ALO-V und KRU, den neu hinzukommenden Steuerabgaben der Wiederbeschäftigten und über eine „volkstümliche Arbeitsbeschaffungsanleihe“ erfolgen, die mit günstigen Zinssätzen gehortete Geldbeträge in den Kreislauf bringen sollte. Wenn dies nicht ausreichte, so könne diese Anleihe von den Banken als rediskontierte Zwischenfinanzierung im Sinne einer defizitären Konjunkturmaßnahme gehandhabt werden. Forderungen zur Preisbildungsüberwachung und nach gesetzlicher Einrichtung der 40 Stunden-Woche unter Tarifbedingungen als Stärkung der Massenkaukraft durch Arbeitsstreckung ergänzten die Unmittelbarkeit des Gewerkschaftsprogramms, das Tarnow in seinem Beitrag als aktive Konjunkturpolitik zur Krisenmilderung kennzeichnete und dann eine Brücke zur mittelbaren Veränderung der Wirtschaft damit schlug. Er sagte: „Wir sehen in einer planmäßigen Organisation der Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand einen der Wege, die uns aus der Willkür, aus der Unzulänglichkeit unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems hinausführen müssen.“ (22) Er nahm damit die Ausführungen Eggerts auf, der das Ziel der planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft als höhere Ordnung für erreichbar hielt mit einem „Umbau der privatkapitalistischen Wirtschaft“. Er konnte sich auch einig wöhnen mit der langfristigen SPD-Strategie auf der Grundlage der Theorie des „Organisierten Kapitalismus“. In der Entschließung des Kongresses wurde der Bundesvorstand deshalb aufgefordert, diesen notwendigen Umbau der Wirtschaft als Gewerkschaftsforderung an die Regierung zu präzisieren.

Es kündigt sich hier die Wiederholung der Etappenstrategie an, die politisch nur noch den Verteilungskampf zuläßt. Argumentativ und real wirksam war sie nach dem Ersten Weltkrieg schon gegen die Sozialisierungsvorstellungen innerhalb der Gewerkschaft und Teilen der SPD gewendet worden unter dem Schlagwort: „Sozialismus heißt Arbeit, Sozialisierung in der Krise heißt Sozialisierung der Verluste, daher erst Aufbau und dann Sozialisierung“ (22a).

2.2. Gewerkschaftspolitische Merkmale der Krisenpläne

Als organisierte Verfechter der Interessen des Verkäufers der Ware Arbeitskraft waren die Gewerkschaften immer bemüht, die allgemeinen Konditionen und insbeson-

dere den Lohn bei dem Verkauf der Arbeitskraft direkt mit dem Käufer möglichst günstig auszuhandeln, sie später auch tariflich zu verstetigen und dabei den Verkauf selbst kontingentiert als Druckmittel einzusetzen. Die hierbei erfahrenen Grenzen ergaben sich aus dem Akkumulationsprozeß des Kapitals selbst – also einer „gesamtwirtschaftlichen Größe“, die so nicht erscheint –, der zugleich in seinem Bedingungscharakter von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung sich den Gewerkschaften immer wieder als widersprüchlich und beeinflussbar offenbarte; oder anders ausgedrückt: Das Kapital ist ihnen nicht als fixe Größe mit fixem Wirkungsgrad begegnet, sondern als „elastischer und mit der Teilung des Mehrwerts in Revenue und Zusatzkapital beständig fluktuierender Teil des gesellschaftlichen Reichtums“ (23).

Aus ihrem Kampf um die stetige Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Ware Arbeitskraft, also vor allem um den stofflich in einer Masse von Lebensmitteln ausdrückbaren variablen Kapitalteil, erwuchs die Vorstellung, daß sein Ansteigen primär in einer Funktion zum Verhältnis von Konsumtions- und Akkumulationsfonds stehe. Es gelte daher in dieses Teilungsverhältnis gewerkschaftlich einzugreifen, und nicht in die allgemeinen Produktionsbedingungen und in die Arbeitsorganisation. Dabei hielt man sich noch die gesamtwirtschaftliche Überlegung zugute, nach der steigende Löhne als Kaufkraftfaktor wiederum die Produktion profitabel stimulieren, sie also auch im gemeinsamen Interesse von Arbeit und Kapital anzusteigen hätten.

Die Auseinandersetzung um die jeweilige Größenordnung der Zuwächse habe somit von beiden Seiten aus gesamtwirtschaftlicher Verantwortung und unter konjunkturellem Bezug zu erfolgen; so ein wichtiger Fixpunkt gewerkschaftlicher Theoriebildung der Zeit.

Die realen Erfahrungen der Lohnarbeiter und Gewerkschaften auf der Einzelkapitalebene lehrten die Assoziationen aber zugleich, daß dieses Gemeininteresse sich kaum bei den konkurrierenden Kapitalen herstellte, sondern sich in Klassenausinandersetzungen als jeweilige Kompromißlinie von Lohnarbeit und Kapital ergab und institutionell mit besonderen Handlungsspielräumen dort absicherbar zu sein schien, wo die allgemeinen Verkehrsformen garantiert wurden: im Staat.

Diese hier äußerst knapp skizzierte Erfahrungsquelle, die sich entlang der gesellschaftlichen Oberfläche in den konkreten Auseinandersetzungen gebildet hatte und die Mystifikationen des Kapitalverhältnisses weitgehend unaufgebrochen wiedergibt, prägte besonders grundlegend die wirtschaftspolitischen Überlegungen der Gewerkschaften in der ökonomischen Prosperität, aber auch in den Abschwüngen. Die Herausbildung der in den Gewerkschaftsdiskussionen sich schon früh über die Lohnform konstituierenden vorherrschenden Kaufkrafttheorie, die unter der Annahme des Verteilungskampfes den Kapitalbildungsprimat mit vertrat und sich dabei noch auf ein Gesamtinteresse berufen konnte, dessen Einhaltung sie wiederum dem als zumindest klassenneutral erachteten Staat übertrug, steht als gewerkschaftliche Handlungsorientierung mit dieser Erfahrungsfolie in engem Zusammenhang.

Im folgenden wird diesen Merkmalen anhand der „Krisenpläne“ der Gewerkschaften nachgegangen und damit auch geprüft, ob es zur Anwendung neuer hand-

lungsorientierter Theorien in der Krisenpolitik gekommen ist oder ob eine akzentuierte Weiterverwendung bisheriger Strategien vorliegt (24).

2.2.1. Lohntheorie, Kaufkrafttheorie, Konsumtionstheorie

Die „Politik der hohen und steigenden Löhne“ ohne Angabe von Maßstäben oder jeweils wirtschaftspolitischen Argumentationen war die beherrschende Lohnstrategie der Gewerkschaften verschiedenster Richtungen parallel zur Etablierung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in Deutschland. Sie begründete sich auch explizit aus dem Interessengegensatz von Kapital und Arbeit, der in der Brentanoschen Machttheorie des Lohns einen frühen, besonders von den Freien Gewerkschaften adaptierten theoretischen Ausdruck fand (25). Diese Theorie fand ihre fortlaufende, allerdings immer nur kurzfristige Bestätigung besonders in den erfolgreichen Kämpfen der Lohnarbeiter um einen erhöhten Lohnanteil innerhalb der von ihnen überschaubaren Gestehungskosten in den Perioden der qualitativ und quantitativen Produktionssteigerungen und bereitete die revisionistische Theorie von Lohn = Preis der Arbeit, bzw. über Lohnsteigerungen sei das Profitsystem zu überwinden, mit vor. So konnte Fritz Tamow in voller gewerkschaftlicher Übereinstimmung 1924 zum Ziel gewerkschaftlicher Lohnpolitik sagen, daß „... den Arbeitern der volle Ertrag ihrer Arbeit nach Abzug nur dessen, was zur Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung der Produktionsmittel volkswirtschaftlich notwendig ist“, im Kapitalismus zu verschaffen sei (26), um „den Kapitalanteil und die Profitrate der Unternehmer so tief wie möglich zu drücken“ (27). Gleichzeitig erkannte man aber auch, daß es vorteilhaft sein könnte, die Lohnforderungen in modifizierter Abkehr von dem generellen Kaufkraftargument aus der politisch gewendeten Unterkonsumtionslehre (28) konzeptionell einzubinden in eine flexible Lohnstrategie, die den volkswirtschaftlichen Verlauf optimal zu nutzen verstünde. Dieser Anstoß ergab sich auch aus der Unternehmerkritik an der starren Arbeitsfondstheorie der Gewerkschaften, die der „Kaufkrafttheorie“ zeitlich vorausging und den wichtigen Gesichtspunkt der unternehmerischen Profiterwartung nicht berücksichtigte.

Die *Arbeitsfondstheorie* der Freien Gewerkschaften bzw. des ADGB geht davon aus, daß die gesamten vorhandenen bzw. für das Volkseinkommen zu leistenden Arbeitsstunden über den *Staat* auf mehr Hände resp. auf mehr Lohnempfänger verteilbar seien. Dabei wird vorausgesetzt, daß das Kapital einen fixen Wirkungsgrad bzw. die variablen Teile des Kapitals eine fixe Größe haben. Weiterhin ist impliziert, daß die Teilung gesellschaftlichen Reichtums in konstantes und variables Kapital (stofflich: Produktionsmittel und Löhne als Masse der repräsentierten Lebensmittel im weitesten Sinne) unbeschadet des Verwertungsprinzips und der Konkurrenz staatlich beeinflussbar sei, sei es auch nur auf Kosten der Revenue, ohne das System gefährden zu wollen, was die ADGB-Vorschläge zur Überwindung der Krise mit einer immanenten Zielprojektion ja auch nicht beabsichtigten (28a). Es entwickelte sich darüber in der betroffenen Öffentlichkeit nach der Inflationshase und beginnender Stabilisierung in der Weimarer Republik ab 1924 bis zum ökonomischen Ab-

schwung 1928 eine publizistisch stark verbreitete Diskussion um die Zusammenhänge von Lohn, Kaufkraft, Produktivität und Wirtschaftswachstum, die besonders angesichts der vollen Warenlager auf Seiten der Freien Gewerkschaften der modifizierten Kaufkraftargumente in der Lohntheorie wieder zum Durchbruch verhalfen. Auf ihrer Grundlage wurde auch eine Krisentheorie bzw. Lohnpolitik in der Krise entwickelt. Damit hatte sich die Lohntheorie aktiver Lohnpolitik – so wie sie von Tar-now begründet wurde – in der ökonomischen Krise legitimiert als für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion notwendige, somit gemeinnützig kapitalistische und nicht lohnspezifische interessengebundene Forderung der Freien Gewerkschaften. Als wichtiges Propagandainstrument reformistischer Gewerkschaftsführung wird sie bis in die Begründung der Arbeitsbeschaffungspläne hineinragen.

Daneben gab es noch weniger erfolgreiche Überlegungen zur Lohnpolitik, die den Anteil des Lohns am Warenpreis wenigstens volkswirtschaftlich angemessen halten wollten, was prinzipiell auch durch eine Preissenkung möglich gewesen wäre, die die Gewerkschaften aber nicht durchsetzen können. Überlegungen zur Ursache von Produktivitätssteigerungen und Rationalisierungsmaßnahmen durch höhere Löhne, und umgekehrt die Berechtigung von Lohnerhöhungen zur Anpassung an bereits durchgeführte Produktivitätserhöhungen wurden durchaus nebeneinander in einschlägigen Gewerkschaftspublikationen vertreten. Allerdings war eine generelle Entscheidung zur Lohntheorie, nach der die primäre Triebkraft zur Entwicklung der Wirtschaft im Konsum zu suchen sei und daher die Kaufkrafthebung der breiten Masse über Lohnsteigerungen vorangetrieben werden müsse, im ADGB schon gefallen. Damit war auch die Sichtweise der kapitalistischen Produktion als eine unmittelbar für den Verbrauch – Bedarfsdeckungsprinzip statt Mehrwertproduktion als Zwecksetzung – in der Theorie verankert, die jetzt nur noch die Distribution in den gewerkschaftspolitischen Mittelpunkt stellen konnte.

Man kann den in der „Kaufkrafttheorie steigender Löhne“ enthaltenen Kern als geronnenen Erfahrungsgehalt der plebeischen Kultur des 19. Jahrhunderts identifizieren, aus dem heraus sich soziale Handlungsträger zwar dysfunktional verhielten (beständiger Lohndruck als „Kostendruck“), aber nicht antikapitalistisch agierten (Lohnerhöhung zur Subsistenzerhaltung und Konsumsteigerung). Demgemäß verläßt auch *diese* Gewerkschaftsstrategie kaum den normativen moralischen Begründungsrahmen, etwa zugunsten einer rationalen Handlungslogik, die zu einem praktischen kollektiven Handeln in Aktionsformen notwendig ist; dazu hätte es dann auch gehört, als kollektive soziale Akteure, die ihre normativen Lebenserfahrungen rational zu begründen vermögen, in ihrem politischen Kampf zum Beispiel gegen *den* Staat als dominantes Handlungssystem dort anzutreten, wo er sie an der emanzipativ ausgerichteten Kontrolle des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses bisher dauerhaft wirksam behindert hat; gleiches gilt für Organisation der Arbeit. Diese umfassende kognitive Strukturveränderung als ein wesentliches Element der Transformationspotenz (Erfahrungsveränderung als reflexiv kognitive Begründungsformen zur Aktion kollektiver Subjekte) war zwar unter dieser „Schwelle“ als klassenspezifische soziale Protestform/revolte historisch belegbar vorhanden mit dem Effekt einer allmählichen Reinigung der Handlungsperspektiven von ausschließlich

moralischen Begründungen, aber sie waren als gebündeltes Handlungsmuster auf einer antikapitalistischen Begründungsstruktur noch nicht strukturell organisiert, bzw. zu einer Theorie ausgearbeitet, die strategisch/taktisch handlungsanleitend sein konnte. Die dazu wichtigen soziokulturellen Applikationselemente waren offensichtlich noch nicht herangereift, wie es uns die traditionellen Argumentationsmuster, ihre Handlungslogik und Wirkungsmächtigkeit in der gesellschaftlichen Deutung innerhalb der Gewerkschaftspolitik am Beispiel der Lohntheorie klar zeigen (vgl. Anmerkung 01 A).

Die nunmehr dominierende Variante der Kaufkrafttheorie der hohen Löhne, die sich auf fünf Lohnargumente stützt: das Arbeitsleistungsargument, das Rationalisierungsinstrument, der Kapitalbildungsprimat, das strukturelle und das konjunkturelle Kaufkraftargument, erhebt den Anspruch, aus interessenbezogener Sicht eine volkswirtschaftliche Geltung zu besitzen. Sie hat auch ihre Genese einem gesamtwirtschaftlichen Anstoß mit zu verdanken, nämlich der Rezession 1926. Woytinsky (29) stellte damals in seinem Aufsatz dazu fest, daß sowohl Preisstürze mit beginnender Krise, als auch der Preisverfall in der Depression verhindert und gebremst werden können durch eine erhebliche Steigerung der Kaufkraft der Mehrheit der Bevölkerung, wobei er an eine sogenannte Kaufkraftverschiebung auf Kosten der individuellen Konsumtion der besitzenden Klassen denkt. Er legt sich durch diese Therapie auf die Krisenursache von „Absatzstocung wegen Kaufkraftmangel“ (30) fest und findet in dem Lohntheoretiker Jakob Marschak unmittelbare Unterstützung, der 1927 schrieb:

„Der technische Fortschritt, die bessere Ausrüstung der aus den immer wachsenden Ersparnissen finanzierten Produktionsmittel äußert sich in der Zunahme der Gütermenge. Das müßte jedes Mal zu einem Preissturz führen, und der Preissturz würde stets ein Verlust für die Industrieunternehmen bedeuten, da sie die Rohstoffe in einer früheren Periode ... gekauft hätten. Diese Verluste müßten zu einer Einschränkung der Produktion, zur Krise führen. Der Preissturz, die Krise, müßte ebenso sprunghaft eintreten, wie auch die technischen Verbesserungen sprunghafter Natur sind. Der Preissturz tritt aber nicht ein, wenn der gestiegenen Produktionsmenge gestiegene Nachfrage gegenüber steht. Eine solche Nachfragesteigerung wird aber gerade durch eine Lohnsteigerung geboten.“ (31)

Diese ausschließlich binnenwirtschaftlich bezogene Argumentation der Stärkung der Massenkaufkraft über höhere Löhne wurde in Gewerkschaftskreisen sehr schnell populär, da sie zumindest die permanente Lohnangleichung der Reallöhne an die gestiegene Produktivität vorsah, die Produktionsausweitung in Abteilung I und II vorantrieb durch generelle Absatzsteigerungen und letztlich einen hohen Beschäftigungsgrad anstrebte. Die entsprechenden Erscheinungen in Prosperitätsperioden, vor allem vor dem Kriege, verliehen dieser Theorie zudem eine relative Glaubwürdigkeit, wenn sie auch fatalerweise unbemerkt gerade die theoretische Entwaffnung der Lohnarbeiter und ihrer Organisation über die Prosperitäts- und Krisenverhinderungsillusion vorantreiben half (32).

Neben dem strukturellen Bestandteil der Kaufkrafttheorie, wonach längerfristig von steigendem Massenkonsum eine Strukturveränderung der Nachfrage und damit der Produktion unter dem Gesetz degressiver Kosten einhergehe, d.h. Lohnerhöhungen führen nicht zu Preissteigerungen, sondern beide sinken, neben dieser Argu-

mentation war es besonders die konjunkturelle Funktion der Hochlohnpolitik, die die Gewerkschaften unablässig und auch konjunkturunabhängig betonten. Gerade im Widerstand gegen den Lohn- und Sozialleistungsabbau, der von Regierung und Unternehmerseite mit Notverordnungen im Krisenverlauf zunehmend gemeinsam unter der Flagge der als notwendig erachteten Deflationspolitik betrieben wurde, und dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit, die auch einen enormen Kaufkraftverlust bedeutete, warnten die Gewerkschaften vor den Folgen der proportional ablaufenden Lohn- und Preisabbaupolitik, da die zurückgenommene Kaufkraft sich lähmend auf die Produktion in beiden Abteilungen auswirken müsse. Ohne allerdings den Krisenverlauf genauer analysiert zu haben, schlugen sie in allen ihren Verlautbarungen zur Krisenbekämpfung auch in der Krise vor, die Gesamtwirtschaft von der Nachfrageseite her konjunkturell anzukurbeln, indem das Preisniveau gesenkt und das Lohnniveau stabilisiert bzw. verbreitert werde.

Die gewerkschaftlichen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung über antizyklische Programme verweisen alle auf die darin gemachte Annahme, daß diese Krise ihre Ursache vornehmlich in einer konjunkturell bedingten Überakkumulation von noch nicht realisierten Warenwerten habe, denen eine generelle Unterkonsumtion blockierend entgegenstehe. Eben diese Stockung in der Zirkulation gelte es mit einer Nachfragerhöhung, die auch über Anleihen, Schuldverschreibungen und kontrollierte Geldschöpfungen finanzierbar sei, zu überwinden. Auf diese Weise würde auch das reichlich vorhandene produktive Kapital wieder in profitable Anwendung gebracht werden können.

Die Nachfragerhöhung erschien der gewerkschaftlichen Argumentation auch deswegen nicht so „künstlich oder inflationär“ wirkend wie ihren Gegner, allen voran die Reichsbank, weil ihrer *Erfahrung* nach gerade der Lohnarbeiter für getane Arbeit, für hergestellte Produkte bezahlt wird und das Geld als Zahlungsmittel nachträglich Wert oder Preis des Artikels realisiert bzw. Wert und Preis der Arbeit. Da nun in der Krise Warenüberschüsse auf Realisierung warten, bedeutet die Nachfragerhöhung für sie, das Brot von gestern und nicht von morgen zu essen, wie es Reichsarbeitsminister Stegerwald auf dem Krisenkongreß behauptete.

Probleme ergeben sich aus der „Kaufkrafttheorie“ aus *ökonomischer* Betrachtung auch deswegen, weil sie Löhne nicht *auch* als Kostenfaktor für das Kapital annimmt, der sich auf die Profitabilitätsersparung realisierter Waren (möglichst zu gleichgebliebenen Wertausdrücken) und auf die Investitionsneigung auswirkt; angesichts der sozialen Lage würde von der steigenden Massenkaufkraft *zunächst* die Konsumgüterabteilung angeregt werden und sehr verzögert und modifiziert die Gesamtnachfrage. Doch hier greift eine nur ökonomische Kritik an den Gewerkschaftsplänen zu kurz, denn diese müssen nicht immer die immanent bessere ökonomische Konzeption zur Krisenüberwindung vorweisen, sondern Vorstellungen entwickeln zur systemtranszendierenden Ausnutzung der Krise *und* die politische Durchsetzungsmacht dafür im Gesamtinteresse. Dieser kurze Hinweis von uns wird deutlicher, wenn man an die zweite Funktion der Krise für das Kapital denkt: Branchenveränderungen, Sicherung von Konkurrenzvorteilen, Rationalisierungen in der Produktion, Konzentrationsbewegungen, Veränderungen im nationalen und internationa-

len System der Arbeitsteilung etc. Auf diesen Prozeßablauf müssen die Gewerkschaften politisch eingehen, weniger mit einer „besseren“ ökonomischen Gesamtheorie als mit einem politischen Druckmittel dort, wo sie „stark“ sind: z. B. erzwingen, daß die Warenlager unter ihrem Wert abgegeben werden, oder mit einer produzentenorientierten Maßnahme die Rationalisierungsvorhaben in den Betrieben mitgestalten oder auf die Entwicklung neuer Produktionstechniken darüber Einfluß nehmen, daß man Arbeitsauflagen durchsetzt und die Investitionssumme über den Kostenfaktor Lohn entsprechend beschränkt. Wir meinen mit diesen Beispielen *nicht*, daß die Gewerkschaft auf eine alternative Konzeption der Wirtschaftspolitik normativ verzichten sollte, aber sie muß den Entwicklungsprozeß auch punktuell dort und dann politisch einleiten, wo sie ihre besten Durchsetzungschancen über ihre Mitglieder hat.

Gemeint ist damit die leider oft vernachlässigte Binsenweisheit, daß man die Wirklichkeit *nur* verändern kann, wenn man *auch* analytisch von ihr ausgeht, d.h. hier: es müssen Maßnahmen vorgeschlagen werden, die als neue ökonomische Politik erkennbar *gerade* auf die Ernsthaftigkeit *dieser* Krise Bezug nehmen; überspitzt formuliert hat der ADGB gegen die „Ernsthaftigkeit“ der ökonomischen Krise nur punktuelle Gegenmaßnahmen vorgeschlagen (und nicht gegen den Krisenprozeß), und die SPD hat die Krise bzw. den notwendigen politisch/ökonomischen Eingriff in spezifischer Weise negiert (32a). Sie „setzte“ im evolutionären Gesellschaftskonzept auf eine durch die Krise eingeleitete ökonomische Modernisierungsrevolution in Richtung Sozialismus, wobei sie von der kapitalistischen Formbestimmtheit dieses Prozesses weiterhin abstrahierte. Es ist diese reformistische Traditionslinie, die Partei und Gewerkschaft dann im „Umbauplan“ wieder zusammenführt. Allerdings wurden auch den dazu ökonomisch wichtigen Fragen zu den Grenzen gleichgewichtigen Wachstums z. B., nach der Lokalisierung der Überproduktion in Abteilung I oder II und deren Akkumulationsausgleich und nach der Nachfrage der Kapitalistenklasse selbst innerhalb der Gesamtnachfrage bei der Propagierung der instrumentellen Hochlohnpolitik zur Krisenüberwindung auch seitens der Gewerkschaften ebensowenig nachgegangen wie bei der generellen Nachfrage nicht differenziert wurde nach Produktions- oder Konsumtionsmittelnachfrage. Auch Einschätzungen zum Binnenstrukturverlauf der Krise, d.h. ob beispielsweise ausreichend Entwertung und Vernichtung von Kapital über Konkurse, Fusionen etc. schon stattgefunden haben, die die allgemeine Profitabilität erhöhen und Basis für Kapitalneuanlage abgeben, auf der ein deficit-spending-Programm staatlicher Nachfrage überhaupt erst wirksam werden kann, solche Überlegungen wurden von den Gewerkschaften nicht, wohl eher aber von der SPD in ihrer Krisentheorie zugrunde gelegt und markierten damit wieder die Differenz zum Arbeitsbeschaffungsprogramm *in* der Krise.

Als Kernpunkt der wichtigsten Konzeptionen zur Arbeitsbeschaffung bis hin zum WTB-Plan, die alle nur über eine sehr mittelbare Konjunkturanalyse verfügten, ist die Kaufkrafttheorie hoher Löhne u. E. jedenfalls überall nachweisbar gewesen. In der Tradition gewerkschaftlicher Lohntheorie ist sie geradezu „... Voraussetzung für die Übernahme des WTB-Plans als gewerkschaftliches Programm, legte sie doch bereits den Gedanken einer ‚Machbarkeit‘ der konjunkturellen Entwicklung nahe“

(33). Ausgearbeitet als monetäre Konjunkturtheorie trug sie dazu bei, den Charakter der Wirtschaftskrisen in monetäre Disproportionalitäten zu verfädeln und implizierte auch den Glauben an eine Verstärkung staatlicher Konjunkturlenkung zur zukünftigen Krisenvermeidung (34).

2.2.2. „Das revolutionäre Automobil wird der Sache der revolutionären Arbeiterklasse dienen“ (35): Produktivitätspolitik und Kapitalbildungsprimat als Zielorientierung gewerkschaftlicher Krisenpolitik

Bisher konnte von uns dargelegt werden, daß die Kaufkrafttheorie hoher, besser: steigender Löhne tradierter Kern gewerkschaftlicher Lohnpolitik gewesen ist. Diese Politik wurde von den Gewerkschaften immer verstanden als Kampf gegen die Tendenz der Senkung des Preises der Arbeitskraft unter ihren Wert, wie sie nach ihrer Erfahrung im Kapitalismus durch die ständige Steigerung der Produktivkraft der Arbeit inszeniert wurde.

Diese Lohntheorie erfuhr entlang der Entwicklung der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Arbeit – und nicht umgekehrt – eine Reihe von Ausdifferenzierungen, die als lohnpolitische Argumentationsfiguren Bezug nahmen zu konkreten Veränderungen im Interessenbereich gewerkschaftlicher Vertretung.

Als ein gutes Beispiel dafür in der Weimarer Republik läßt sich hier die hauptsächlich lohnpolitisch gerechtfertigte, aber gesamtwirtschaftlich bezogene Haltung der Gewerkschaften zur Rationalisierungsbewegung der 20er Jahre angeben (35a). Mit dem Hinweis auf die steigenden Zuwächse gesellschaftlichen Reichtums über die Fortschritte in der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit unterstützten die Gewerkschaften in dem Glauben an damit auch steigenden Lebensstandard unbesehen alle betrieblichen und überbetrieblichen Maßnahmen, die unter dem Rationalisierungsetikett durchgeführt wurden, einschließlich der neuen Technikeinführungen und der weitergehenden Taylorisierung.

Dieses kritiklose emphatische Verhältnis zur Veränderung der Form des Produktionsprozesses (der „Fordismus“ als Beispiel für die Berechtigung hoher Löhne) basiert selbst noch einmal auf der spezifisch erfahrungsverarbeitenden Annahme, daß die Befriedigung der Grundbedürfnisse notleidender Bevölkerung *nur* durch eine möglichst rasche Entwicklung des Produktionsapparates möglich wäre. Die dabei zu erbringenden Opferleistungen im rationalisierten Produktionsprozeß an Fähigkeitsverlust und abnehmender Selbstverwirklichung in der Arbeit seien eben notwendig (und kompensierbar), um die Bedingungen des Lebens abzusichern, bis daß der Sozialismus uns „erlöse“ (36); d. h.: im gewerkschaftlich vertretenen Arbeits- und im gesellschaftlichen Fortschrittsbegriff, ebenso wie in der Reichtumskategorie ist die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten nur noch marginal enthalten. Sie wurde positiv dem „Selbstlauf“ überantwortet.

Dieser durchaus von bürgerlichen Wissenschaftlern der Zeit geteilte naturwissenschaftlich/idealistische Fortschritts Glaube (36a) drängte objektiv das Emanzipationsziel des gesamten Lebensbereichs zurück und klammerte einen direkt arbeits-

und bedürfnisbezogenen Ansatz der abhängig Beschäftigten aus. Diese zweckrationale Haltung mußte eine Entwicklung von Lebensutopien in Spannung zur Realität dauerhaft und folgenreich für die Arbeiterbewegung ausblenden; als verbreitet verankerte Einstellung war diese um die Utopie verkürzte Zweckrationalität mit einer Voraussetzung für die anfängliche Attraktivität der nationalsozialistischen Arbeitsideologie bei den abhängig Beschäftigten und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern. An dieser Fortschrittseinstellung mußte und konnte sich substantiell auch während der Massenarbeitslosigkeit nichts ändern, da die Gewerkschaften wie bei der Bestimmung des Arbeitslohns auch hier vom Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital im *unmittelbaren* Produktionsbereich absahen und erst an der Verteilungssphäre des Wertzuwachses machtpolitisch ansetzten. Deshalb konnten sie auch die Rationalisierungsbewegung als nicht kapitalistisch formbestimmt verstehen und unterstützen. Selbst als die dort zugrunde liegende *arbeitswissenschaftliche* Form in der Weltwirtschaftskrise ihre Legitimation zu verlieren begann und der bis dahin auch betrieblich anschauliche Zusammenhang von Entwicklung der Arbeitsproduktivität und Güterreichtum brüchig wurde, stellte sich nach unserer Kenntnis für das Klassenbewußtsein keine Evidenz in dem Sinne her, daß die zugrunde gelegte Wissenschaft *nicht* dem gemeinsamen Interesse verpflichtet sein konnte, sie selbst also in ihren Prämissen zur Disposition stehen müßte.

Die Unterstützung durch den ADGB basierte u. a. auf einer differenzierteren lohntheoretischen Begründung, nach der sogar nur durch den Druck der höheren Löhne Rationalisierung und Produktivitätserhöhung zu erreichen seien, da bei niedrigerem Lohnanteil am Kostpreis die Unternehmer keinen Vorteil von dem Zwang zur Einführung arbeitssparender Kapitalanlagen hätten und menschliche Arbeitskraft nicht durch kostspielige Maschinen zu ersetzen bräuchten. Sogenannte „spekulative Lohnerhöhungen“ müßten Rationalisierungen initiieren, die wiederum erwünschte Produktivitätssteigerungen nach sich zögen. Der dazu zunächst künstlich machtpolitisch angehobene Lohn würde sich dann wieder der durchschnittlichen Produktivität der Arbeit annähern, bzw. zur stark angestiegenen Produktion in beiden Abteilungen die notwendige Reallohnbasis als Kaufkraft zur Warenrealisation bilden.

Auf diese Weise war die Orientierung der lohnpolitischen Gewerkschaftsmaßnahmen auf Produktivitätssteigerung festgelegt. Eine Kritik an den vielfältigen arbeitsorganisatorischen Entwicklungen auf Basis des Taylorismus wurde weitgehend ausgeschlossen; d. h. innerhalb der zusammenhängenden wichtigsten Bestimmungsgrößen und Einflußfaktoren für die konkrete Ausgestaltung der Arbeitsorganisation: Die Fertigungsstruktur des Betriebes, das Arbeitskräfteangebot und die Lohnstruktur, zielte der ADGB nur auf den Faktor Lohn ab.

Der lohntheoretisch zugrunde liegende Gedankengang der Zeit dazu war etwa wie folgt: Die Steigerung der Produktivität der Arbeit setzt den Wert der Lebensmittel herab, da sie in kürzerer Zeit hergestellt werden können. Gleichzeitig steigt dadurch der gleichbleibende Nominallohn als Reallohn, weil er sich in mehr Lebensmittel umsetzen läßt, d.h. es sinkt zwar der Wert der Arbeitskraft bei Erhöhung der Arbeitsproduktivität, aber der Reallohn steigt, und es wird nicht einmal der Mehr-

wert angetastet. Von der Seite des Lohns aus gesehen sei eine Produktivitätsorientierung in der gewerkschaftlichen Politik daher anzustreben und findet seine absolute Grenze nur in der Produktivität der Arbeit.

So ist es nicht verwunderlich, wenn ADGB und AfA-Bund nach der Stabilisierungskrise in der Denkschrift vom Februar 1926 offen formulieren, daß sie „... die Rationalisierung ... für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlstandssteigerung“ halten, die allerdings sinnvoll durchzuführen sei: „Die gegenwärtig oft geübte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung und Lohnerhöhungen durchzuführen, muß die Krise der Überproduktion erzeugen.“ (37) Die Verfasser der Denkschrift sprechen mit dem letzten Satz zwar das spezielle Motiv kapitalistischer Produktionslogik – die Mehrwertproduktion – an, aber in einem politisch verkürzten Zusammenhang, wie es die hilflosen Verbotsdrohungen über staatliche Eingriffe zeigen. Die Tendenz, die zur Produktion einer Ware nötigen Zeit (ihren Wert) beispielsweise unter den jeweiligen gesellschaftlichen Durchschnitt drücken zu wollen, ist ihnen zwar immer wieder begegnet als Reduktion des Lohnanteils im Kostpreis auf ein Minimum, aber ihnen erscheint dieser Hebel zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit eher als Produktivkraftsteigerung des Kapitals, die lediglich wegen schädlicher Auswirkungen auf den Menschen kontrolliert werden müsse. Die so verstandene Steigerung der Produktivkraft nun quasi gesetzlich mit Preisverbilligung und Lohnerhöhung zu koppeln, wie es die Denkschrift vorsieht, hieße die Grundlage der Mehrwertproduktion verbieten zu wollen; das wiederum widerspräche der produktionsorientierten Politik der Gewerkschaften, die die Zuwächse gerade steigern, aber günstiger umverteilen will. Demgemäß heißt es 1926, wie auch schon 1918/19:

„Jeder *Rationalisierungsschritt* ist eine Strecke auf dem Wege der Rückkehr zur Konsumwirtschaft, allerdings in großkapitalistischen Organisationsformen, doch ohne großkapitalistischen Geist und *ist folglich ein großes Stück Sozialisierung. Ein jahrtausendealter Traum der Arbeiterklasse* wird somit in Erfüllung gehen.“ (38)

An dieser „Sozialismusvorstellung“ wird fatal deutlich, daß gleiche Betriebs-/Arbeitsverhältnisse und -inhalte, die kapitalistisch formbestimmt sind, in eine sozialistische Gesellschaft projiziert werden, die sich nur noch durch einen höheren Grad an gesellschaftlicher Organisation und Verfügung auszuzeichnen scheint; eine für den Produktionsarbeiter kaum überzeugende nichtkapitalistische Perspektive seiner Lebensform, denn eine sozialistische Gesellschaft muß auf einer insgesamt veränderten Produzententätigkeit aufbauen als diejenige, wie sie der Produzent unter der Privilegierung des Kapitals auszuüben gezwungen ist (39).

An die negativen Arbeitserfahrungen knüpfte der Nationalsozialismus ideologisch geschickt an. Er gab das Versprechen ab, in einer neu bestimmten völkischen Arbeitswertlehre Arbeit zu entmaterialisieren, ohne es freilich einlösen zu wollen und zu können auf der unverändert kapitalistischen Grundlage.

Die Abstraktion von den Charakteristika der kapitalistischen Produktionsweise – der Mehrwertproduktion, dem Doppelcharakter der Arbeit, der Warenproduktion als ihr bestimmendes Moment – führte, wie deutlich wurde, zur vereinseitigten Bestimmung des Produktionszwecks: der Bedarfsdeckung, und zu einer über Erfah-

rungen verdichteten Lohntheorie, die durch ihren Kaufkraftkern ebenso gesamtwirtschaftlich wie *nicht* interessenspezifisch orientiert war; d. h. indem sie an der Verteilungssphäre der Zuwächse ansetzte, mußte sie umfassend dazu führende Prozesse innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise „blind“ unterstützen. Die Gewerkschaft mußte, wie es auch zeitgenössisch bezeichnet wurde, *Produktionspolitik* betreiben und forderte sie auch so, wie Paul Kampffmeyer es 1925 beschreibt; „Heute weitet sich entschieden der Kreis der Gewerkschaftspolitiker, denen die überragende Bedeutung der Produktionspolitik für die gesamte Lage der arbeitenden Klasse Deutschlands aufgegangen ist ... Alle ... Methoden zur Steigerung der Produktion sind eingehend und sachlich auf einem Gewerkschaftskongreß zu diskutieren ... Es ist hohe Zeit, daß die Gewerkschaften die bewußten Förderer und energischen Mehrer der Wirtschaft werden.“ (40) Eine Interessenidentität bestand natürlich nicht, wie es die gescheiterten Verhandlungen über Maßnahmen zur Wiederankurbelung der Wirtschaft zwischen Gewerkschafts- und Arbeitgeberspitze 1930 deutlich zeigte (41).

2.2.3. Fehlende gewerkschaftliche Eigenaktivität und Symptomorientierung der Pläne

Die Forderungen der Gewerkschaften in der Krise wie auch die Pläne zur Arbeitsbeschaffung zeichnen sich, wie an den wichtigsten Merkmalen gezeigt, vornehmlich dadurch aus, daß sie von den Erscheinungen der Krise (42) ausgehen, diese als Symptomatik innerhalb gesetzmäßiger kapitalistischer Produktionsweise und damit als Erscheinungsform der Produktionsverhältnisse verstehen und die Symptome nicht mehr auf der Grundlage einer ausgearbeiteten Methode der Gesellschaftsanalyse bearbeiten. Verstärkt wird diese „Symptomorientierung“ noch dadurch, daß die Gewerkschaften als proletarische Stützpunkte gerade in der Krise auf ihre Schutzfunktion der Interessen der organisierten Lohnabhängigen unmittelbar verwiesen werden, als es z. B. bei einer politisch benachbarten Partei wie der SPD der Fall ist. Gleichzeitig müssen sie dabei aber ihre relative Schwäche erfahren. Die objektiv geschwächte Position gegenüber dem Kapital, z. B. durch eine hohe Arbeitslosigkeit, der damit verschärft einsetzenden Konkurrenz der Arbeiter untereinander und die leichtere Senkung des Reproduktionsniveaus etc. sowie die Überwälzung der Krisenlasten insgesamt auf die Lohnabhängigen wird aber noch in unserem Falle bei den Gewerkschaften erheblich verstärkt durch den tradierten Reformismus in der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung; er erschwerte auch eine relative Distanz zu Teilen der SPD politisch/ideologisch. Dieser Reformismus hat sich ohne eine politisch durchsetzungsfähige Gegnerschaft bis 1918 besonders in den Prosperitätsphasen der ökonomischen Entwicklung herausbilden können und systematische Unterstützung in den theoretisch und praktisch maßgebenden Gruppen der Freien Gewerkschaften und der SPD gefunden. Die von uns bisher herausgearbeitete Tendenz der Abkehr von ursprünglichen gewerkschaftlichen Prinzipien findet ihre Fortsetzung in der Burgfriedenspolitik, der Arbeitsgemeinschaftspolitik im ersten Weltkrieg, der Rationalisierungspolitik und den gewerkschaftspolitischen Merkma-

len der Krisenpläne besonders dort, wo man sich umstandslos auf der Grundlage der Orientierung an einem „Gesamtinteresse“ einsetzte für Produktionspolitik, Kapitalbildungsprimat und Kaufkraftverstärkung mit dem erklärten Ziel, über entsprechende staatliche Interventionen die scheinbar versagenden Selbstheilungskräfte des Kapitalismus zu einem neuen Anfang zu unterstützen. Dieser „neue Anfang“ wurde allerdings im gewerkschaftspolitischen Selbstverständnis verbunden mit dem theoriefragmentierten Glauben an und die Hoffnung darauf, dem sozialistischen Endziel auch hiermit zwangsläufig näher zu kommen. Wir haben im Laufe des Aufsatzes zeigen können, daß dieser Glaube, radikal phrasenhaft vertreten und kaum überprüft an einer Realanalyse kapitalistischer Reproduktion, sich immer weiter von der Tagespraxis der Freien Gewerkschaften entfernte, die einer deutlichen systemimmanenten Zielprojektion folgte. Seinen geschlossenen theoretischen Ausdruck erreichte diese Gewerkschaftspraxis in dem reformistischen Konzept der Wirtschaftsdemokratie, in dem aufgrund der Erfahrung ökonomischer Stabilität relative Krisenfreiheit in der Entwicklung des Kapitalismus prinzipiell angenommen wurde. Der mühsame Versuch dieses Transformationskonzepts, die reformistische Tagesarbeit der Gewerkschaften mit dem sozialistischen Endziel in eine systematische Verbindung zu bringen, mußte spätestens in der Krise eindrucksvoll dort scheitern, wo sowohl die Tagesarbeit von Mißerfolgen gekennzeichnet wurde wie auch das als zumindest „klassenneutral“ erachtete Instrument zur Verwirklichung des Endziels, der Staat, offensichtlich nicht mehr so zur Verfügung stand, wie es die Theorie nahegelegt hatte. Die für unseren Zusammenhang wohl bedeutendste Folge dieser gewaltsamen Auflösung der Theorie des linearen Übergangs zum sozialistischen Ziel bei den Freien Gewerkschaften ist darin zu sehen, daß sie bestärkt durch und bedrängt von ihrer Interessenverantwortung den unmittelbaren symptomorientierten Tageskampf als Abwehrkampf nun intensiver weiterführen mußten. Gleichzeitig wollten sie aber den „zweiten Teil“ der Wirtschaftsdemokratiekonzeption, den Kampf um das sozialistische Endziel, solange suspendieren, bis über einen ökonomischen Aufschwung wieder die günstigen politischen Bedingungen dafür erreicht seien.

Die Symptombefangenheit der Freien Gewerkschaften aus der Prosperität ökonomischer Verhältnisse heraus tritt in der für sie überraschenden Krise für uns besonders dort hervor, wo sie ihre Abwehrmaßnahmen zunächst festmachen an den Erscheinungsformen des Widerspruchs, ohne die Wirksamkeit der Maßnahmen überhaupt angeben zu können, geschweige denn der Ursache und Funktion der Krise näher gekommen zu sein. Beispielsweise folgerte man aus dem tatsächlichen Warenüberangebot, daß zur Realisierung der Preise gesenkt und die notwendige Kaufkraft über Lohnerhöhungen erreichbar wäre bzw. die Krise sogar abgefangen und in Zukunft verhindert werden könne über eine reale Massenkaufrafterhöhung, die die Disproportionen zwischen Angebot und Nachfrage monetär beseitigt. Das einseitig auf das Krisensymptom abzielende Nachfragestimulans höherer Löhne findet sich auch in wohl einer der bedeutendsten zeitgenössischen Darstellungen gewerkschaftlicher Strategiebestimmung und Praxisorientierung durch Fritz Tarnow, der die selbstgestellte Titelfrage „Warum arm sein?“ nach einer Vielzahl durchaus richtiger Symptombenennungen kapitalistischer Produktionsverhältnisse deswegen mit einem

„entschiedenen Nein“ beantworten kann, weil er davon ausgeht, der Krisenherd in kapitalistischer Produktion und Verteilung sei über monetäre staatliche Konjunktursteuerung derart eindämmbar, daß „Armut kein ökonomisches Muß ist“ und als „soziale Krankheit ... im Rahmen kapitalistischer Wirtschaft ohne Zweifel geheilt werden kann“ (47).

Wenn wir hier unsere bisherige Analyse der „arbeitsorientierten Wirtschaftspolitik“ (48) der Freien Gewerkschaften in der Krise zur Beantwortung der eingangs gestellten Frage heranziehen, ob die Gewerkschaften auf die Krise reagierten und in ihr agiert haben mit einer veränderten aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik, oder ob sie, in ihrer reformistischen Tradition befangen, diese lediglich auf die besondere Situation auf den „Arbeitsmarkt“ hin konkretisierten, so legt es unser Material nahe zu sagen, daß selbst nach dem offensichtlichen Scheitern der für die Strategielegung grundlegenden Theorie des „Organisierten Kapitalismus“ und der „Wirtschaftsdemokratie“ in der ökonomischen Krise sowohl die sehr spät ausgearbeiteten Krisenpläne der Freien Gewerkschaften zur akuten Bekämpfung sozialpolitischer Folgen der Depression als auch das auf längerfristige Wirkung angelegte Programm des „Umbaus der Wirtschaft“ bestimmt waren von den Kernelementen oben genannter Theorieblöcke und allerhöchstens eine Konkretisierung – wie in der antizyklischen Konjunkturpolitik – erfuhren. Der Reformismus als Politik der deutschen Arbeiterbewegung in der Krise zeichnete sich damit sowohl praktisch in dem Fehlen gewerkschaftspolitischer Eigenaktivitäten wie theoretisch durch die Unfähigkeit aus, eine auf die Realbewegung bezogene und mit transformatorischen Elementen verknüpfte illusionsfreie Politik zu entwerfen und umzusetzen. Die von den Freien Gewerkschaften im Krisenverlauf zunehmend an den Staat adressierten bekannten wirtschaftspolitischen Gegenwartsforderungen sind in keinem entscheidenden Gedanken- und Begründungszusammenhang auf die Krisenzusammenhänge hin neu bezogen worden. Eine notwendige Entwicklung der Betriebsstrategie und der Arbeitsorganisation konkret lebendiger Arbeit, die die „Produzentenrolle“ als soziales Konstitutionselement politischer Erfahrungen als Ausgangspunkt nimmt, wurde damit endgültig abgedrängt (49). Sie orientierten sich an den Symptomen, ohne überhaupt Erfolgskriterien für die Maßnahmen angeben zu können. Sie reichten daher nicht einmal hin, die politisch, ökonomisch und sozial zerstörerischen Krisenauswirkungen zu mildern bzw. die Krisendauer abzukürzen. Insofern können die Arbeitsbeschaffungsprogramme der Gewerkschaften auch nicht die Intention realisieren, über eine staatliche Wirtschaftspolitik die Politik an die Bewegungen der Ökonomie wieder anzupassen. Nichtsdestoweniger wurden sie alle, einschließlich der Arbeitsbeschaffungsprogramme und der Geldschöpfung, besonders aber die „Umbauforderungen“, von den Freien Gewerkschaften immer noch aus ihren sozialistischen Theorien heraus in den illusionären Zusammenhang einer nahenden sozialistischen Wirtschaftsordnung gestellt und propagiert.

Sogar die Krise erfuhr 1932 noch eine entsprechende Interpretation: „Die ökonomische Entwicklung hilft uns dabei zweifellos (gemeint sind die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Bewegung herzustellen und die Grundlagen des demokratisch-parlamentarischen Systems zu erhalten, Th. H.), sie führt zwangsläufig

fig – und in einem viel schnelleren Tempo als wir früher angenommen haben – zu einer sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft.“ (50) Die sowieso kommende sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft sollte aber nicht einfach abgewartet werden, sondern Freie Gewerkschaften und SPD einigten sich Ende 1932 auf einen Forderungskatalog zum „Umbau der Wirtschaft“, der in seiner Realisierung dem Staat die Möglichkeit geben sollte, die Organisation der Wirtschaft zu einer „planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft“ auszugestalten. Damit sollte ein nochmaliges Versagen des kapitalistischen Systems ausgeschlossen werden.

Es *muß* also von diesem Plan der „letzten Stunde“ erwartet werden, daß er *die* Analyse liefert, die die Transformation der Gesellschaft nicht nur wünschenswert plausibel, sondern auch möglich werden läßt, d.h. die Durchsetzungsmittel umfassend in sich aufgenommen hat.

2.3. *Gewerkschaften und Partei fordern gemeinsam den „Umbau der Wirtschaft“; eine verfehlt politische Offensive!*

Die Mitte 1931 vehement gestellte Forderung des einflußreichen sozialdemokratischen Gewerkschafters Woytinsky nach einem „... wirtschaftspolitischen Aktionsprogramm (für die Arbeiterbewegung), das den Arbeitern wie auch anderen Volksschichten zeigt, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften einen Ausweg aus der wirtschaftlichen Not sehen“ (51), wirft einerseits ein Schlaglicht auf das unübersehbar gewordene Versagen des Reformismus in der Krise, andererseits verdeckt sie, indem sie die Realisierung eines solchen gemeinsamen Programms in Aussicht stellt, die Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft, die in einer ökonomischen Depression aufgrund abweichender Funktionen zutage treten müssen, in den Problemen einer angemessenen Krisenbekämpfung. Es mag hier genügen, an die für die weitgehend gemeinsame wirtschafts- und sozialpolitische Einstellung von SPD und ADGB maßgebenden theoretischen Konstruktionen kapitalistischer Entwicklungstendenzen zu erinnern: an den Organisierten Kapitalismus und die Wirtschaftsdemokratie. Beide reformistischen Theorien, die ihre Befestigung sogenannten Prosperitätsphasen gesellschaftlicher Entwicklung in Deutschland verdanken, haben einen entscheidenden Beitrag geleistet zu der vornehmlich prinzipiell und rudimentär verhaftet gebliebenen Krisen- und Konjunkturtheorie von SPD und ADGB, die letztlich sogar die dialektische Beziehung von politischer und ökonomischer Macht in ein Neben- und Nacheinander aufzulösen ermöglichte. Als „Strategie systemüberwindender Reformen“ haben sie somit objektiv dazu beigetragen, daß notwendige Realanalysen der Bewegung des Gesamtkapitals nicht einmal angestrebt wurden. Auf der Grundlage dieses Theoriegebäudes und seiner polit-ökonomischen Implikationen, die von uns anhand der Krisenpläne der Gewerkschaften schon dargestellt worden sind, kann für die Strategielegung und Taktikbestimmung bei ADGB und SPD von einer relativ hohen Übereinstimmung ausgegangen werden; sie wurde von den bis dahin durchschnittlichen Pendelausschlägen zyklischer Konjunkturentwicklung in Deutschland auch kaum infrage gestellt. Eine Diskussion über die notwendi-

gen einzuleitenden Maßnahmen und Korrekturen bei veränderten ökonomischen Bedingungen fand daher auch nicht statt und kennzeichnet den Realitätsbezug dieser „systemüberwindenden Strategien“.

Wucht, Tiefe und Dauer der Depression mußten daher bei den Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung die theoretischen Mängel zunächst als noch gemeinsame wirtschafts- und sozialpolitische Konzeptionslosigkeit in der Krise schlagartig aufdecken. Erst nach der Konzeption der von den Verhältnissen erzwungenen und nicht vorbereiteten „Sofortprogrammen“ und der für die Umsetzung notwendigen Bündnispolitiken, also sozusagen unter dem akuten Druck in zweiter Dringlichkeitsstufe, wurde die Verknüpfung sinnvoller Einzelforderungen und Sofortprogrammteile mit einer Analyse der Krisenursache zu wirtschaftspolitischen Richtlinien versucht und als „Umbau der Wirtschaft“ zur künftigen Krisenvermeidung propagiert. Dabei war man gezwungen, sich weiterhin methodisch, theoretisch und instrumentell im tradierten Rahmen zu bewegen und ihn bestenfalls zu aktualisieren (52). Die Annahme relativ krisenfreier Entwicklungschancen, wie sie in der Konzeption der „Wirtschaftsdemokratie“ deutlich dargelegt worden sind, half zusätzlich noch die objektive Schwäche der Gewerkschaftsbewegung schon in der Prosperität einzuleiten und führte mit zu der Fehleinschätzung der Bereitschaft in der SPD, sich in der Krise an Interventionsmaßnahmen aktiv zu beteiligen. Doch eben an diesem Problem der Intervention im Krisenverlauf (nicht in Ab- oder Aufschwungphasen, wo man sich noch sozialpolitisch einigen konnte) wurde bei der SPD aufgrund ihres parteipolitischen Selbstverständnisses, der Etappenbestimmung sowie Tendenz einschätzung kapitalistischer Entwicklung und wegen der auf gesellschaftliche Umgestaltung bezogenen Zielbestimmung ein anderes krisentheoretisches und konjunkturbezogenes Verständnis deutlich. Danach mußten Eingriffe im Krisenablauf nach anderen Kriterien beurteilt werden, als nach den sozialpolitischen Erwägungen der Gewerkschaften, die dem WTB-Plan zugrunde lagen und auf die aktuelle materielle Sicherung der Arbeiterzielten. Die politisch zögernde Ablehnung der SPD der gewerkschaftlichen Kriseninterventionsmaßnahmen in der Depression machte sich vordergründig hauptsächlich an den Finanzierungsvorschlägen fest; der propagierte Einwand überrascht auch gerade heute nicht: INFLATIONSGEFAHR! Monetäre Eingriffe in die Preisgestaltung in einer konjunkturellen Abschwingperiode bedeuteten nach ihren Vorstellungen eben gerade die künstliche Verfestigung der Hemmungen, die eine Krise in der Anpassung der Preise an die Marktbedingungen praktisch automatisch beseitigt hätte. Damit ist ein Hinweis gegeben auf grundlegende Eckwerte sozialdemokratischer Konjunkturpolitik, die Naphtali 1930 in seiner populärwissenschaftlichen Schrift so darstellte: „Der entscheidende Augenblick der Konjunkturpolitik liegt nach meinem Dafürhalten allerdings nicht *in* der Krise, sondern *vor* der Krise. Ich glaube nicht, daß wir wirtschaftspolitisch in der Krise sehr viel, sehr entscheidendes zu ihrer Überwindung tun können. Wenn man die Mißverhältnisse in der Aufschwungperiode sich so weit und so ungehemmt hat entfalten lassen, wie es in der kapitalistischen Wirtschaft normal geschieht, ... dann ist es kaum möglich, diese Krise während ihrer Dauer selbst abzubremesen. Denn dann ist die Krise mit ihren wertmäßigen Kapitalvernichtungen, Umstellungen und Kaufkraftverschiebungen

ja das Mittel der Korrektur, und es muß erst durchgebissen werden.“ (53) Woytinsky trifft den dabei politisch zwieschlächtigen Punkt der SPD dann auch genau, wenn er ihr im Januar 1932 vorwirft, „daß sie auf den kapitalistischen Automatismus ihre Hoffnungen gesetzt und daher zur Bejahung der Preissenkung als eines natürlichen Prozesses der Anpassung der Preise an die Wirtschaftsbedingungen der Krisenzeit neigen mußte.“ (54) Auch sein Hinweis, man müsse auch deswegen intervenieren, weil „der kapitalistische Krisenautomatismus“, auf den die SPD setzt, offensichtlich versage, verfiel nicht bei den sozialdemokratischen Führungsgruppen, deren reformistische Evolutionserwartung einer besseren Zukunft sich unerschütterlich auf den 1924 von Hilferding dargelegten und immer wiederholten Entwicklungsgang des organisierten Kapitalismus verließ, dessen innere Mechanismen und Regeln zu respektieren seien, wenn man von seinem Wachstum profitieren wolle. Auch bei über 6 Mio. Arbeitslosen mahnte Hilferding den ADGB noch 1931 eindringlich, nicht in den Reinigungsprozeß der Krise z. B. über monetäre Maßnahmen einzugreifen; zusammen mit Naphtali und P. Hertz zählte er zu den wichtigsten Gegnern des WTB-Plans und verhinderte dessen ungebrochene Übernahme in die SPD-Reichstagsfraktion.

Die voneinander abweichenden Krisenstrategien von Gewerkschaften und Partei wurden im Verlauf der Wirtschaftskrise an verschiedenen Punkten der „Sofortprogramme“ der Gewerkschaften immer wieder diskutiert, ohne daß die Sozialdemokratie in der Krise eine theoretische Verbindung hätte herstellen können zwischen ihrer zwar reformistischen, aber nichtsdestoweniger auf grundlegende Gesellschaftsveränderung abzielenden Programmatik und einem praktischen sozialen Reformismus, die frühzeitig genug eine direkte Unterstützung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Gewerkschaft ermöglicht hätte.

Unseres Erachtens hätte erst durch eine derartige Aktionseinheit die geringe und sich ausschließlich auf Forderungen an den Staat beschränkende Strategie der Arbeitsbeschaffung des ADGB das werden können, was sie propagandistisch zu sein behauptete: eine massenhaft getragene offensive Kampfmaßnahme mit dem Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel. Nur so hätten sie als Aktionseinheit mit der SPD auch auf die politischen Folgen dieser Krise verweisen und den Kampf gegen die Krisenlasten als Kampf gegen die sich abzeichnende faschistische deutsche Krisenlösung führen können.

Das mühsame Ringen um eine Kompromißformel zwischen Partei und Gewerkschaften zur angemessenen Krisenstrategie angesichts des wachsenden sozialen Elends und des steigenden faschistischen Terrors vollzog sich dann auf gemeinsamer reformistischer Grundlage zwischen den Polen der Tolerierungspolitik der Brüning-Regierung und dem antizyklischen Konjunkturprogramm zur Arbeitsbeschaffung.

Übereinstimmungen ergaben sich meistens in der allgemeinen Bestimmung der Krisenursachen im Kapitalismus. Auch in der prinzipiellen Möglichkeit, soziale Folgen einer Krise abzuschwächen bzw. den Aufschwung direkt einzuleiten und den Abschwung zu mildern mit staatlichen Programmen, war man sich einig, nicht aber in der Frage der direkten Intervention in den Krisenverlauf. Die gerade in diesem Punkt inhaltliche Politik der SPD schlägt sich während der Zeit der Brüning-Regie-

rung auch in einigen Gesetzentwürfen und Anträgen im ersten Halbjahr 1932 zu Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nieder, in denen entweder die Finanzierungsfrage relativ offen gehalten wird oder die Arbeitsbeschaffung eine unter mehreren Maßnahmen zur Abschwächung primär sozialer Folgen darstellt.

Der Kompromiß kam dann doch zustande — begünstigt auch durch den Regierungswechsel zur von Papen-Regierung, die selbst ein aktives Konjunkturprogramm vorschlug. Der nur von Tarnow abgelehnte Kompromiß wurde als Gesetzentwurf der SPD zur „Frage der Arbeitsbeschaffung“ dem Reichstag vorgelegt. Auch wenn sich jetzt die SPD damit zur Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung positiv erklärt hatte, so doch nur „halbherzig“, denn in seiner finanziellen Dimension und seinen an dem WTB-Plan orientierten Einzelmaßnahmen konnte dieser Vorschlag keinen hinreichenden Konjunkturreffekt auslösen, den ökonomischen Ablauf der Krise also auch nicht beeinträchtigen (55).

War die Spaltung sozialdemokratischer Arbeiterbewegung aktuell in der unterschiedlichen Entscheidung zur Krisenintervention bzw. zur Konjunkturpolitik damit auch nach außen hin offensichtlich geworden, so kündigte sich gleichzeitig die gemeinsame reformistische Grundlage in einer propagandistischen Kampagne des SPD-Vorstandes kurz vor dem Krisenkongreß der Gewerkschaften im Parteiblatt „Vorwärts“ wieder an. Dort wurden unter Bezug auf die engen Grenzen konjunktureller Wirksamkeit der Arbeitsbeschaffungsprogramme in der Krise zur zukünftigen Krisenvermeidung weitreichende staatliche Eingriffe in die Wirtschaftspolitik gefordert, wie Verstaatlichung der Schlüsselindustrien ohne Metall-, Elektro- und Maschinenbau, des Versicherungswesens, der Großbanken, der Elektrizitätserzeugung und -verteilung und Enteignung des Großgrundbesitzes.

In der Schlußresolution des Krisenkongresses, die die doppelte Zielrichtung gewerkschaftlicher Krisenpolitik skizzierte: Arbeitsbeschaffung mit flankierenden Maßnahmen als Sofortprogramm, und Strukturveränderung des Kapitalismus über einen „Umbau der Wirtschaft“ hin zur krisenfesten Bedarfsdeckungswirtschaft als „Langzeitprogramm“, war diese sozialdemokratische Intention mit aufgenommen worden als Auftrag an den Bundesvorstand, „die Forderungen der Gewerkschaften für den notwendigen Umbau der Wirtschaft erneut der Regierung vorzulegen und sie mit stärkstem Nachdruck zu vertreten.“ (56) Schon auf dem Kongreß 1932 war keine Vermittlung zwischen beiden Zielen, die sowohl die Sofortinteressen an sozialer Hilfe, wie auch langfristig die Verhinderung der Ursachen dieser Notlage betonten, geleistet worden. Die „Arzt/Erbe-Problematik“ bestand also weiter und wurde in ein taktisches Nacheinander aufgelöst, dem sich die SPD im zweiten, nicht konjunkturpolitischen Teil wieder leicht anschließen konnte, wie es der von ihr ausgearbeitete Gesetzentwurf zum „Umbau der Wirtschaft“ dann auch zeigte.

Die vom ADGB und AfA-Bund im Juli 1932 gemeinsam veröffentlichten „Programma-tischen Richtlinien zur Wirtschaftspolitik — der Umbau der Wirtschaft“ sind formal zwar ein gewerkschaftlicher Alleingang, stellen aber inhaltlich kein mehr von der SPD ideologisch wesentlich verschiedenes Programm dar; d.h.: in der Krisenphase hat sich der ADGB der Partei relativ untergeordnet, und auf eine selbstbewußte Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen als Allgemeininteresse gerade innerhalb

der stärksten Partei der Arbeiterbewegung, mit der sie bis heute eng verbunden ist, folgeschwer verzichtet. Diese „Zurückhaltung“ gegenüber der SPD ist seit der Gewerkschaftsgründung bis heute relativ ungebrochen.

Die stärker allgemeinpolitische Programmatik verweist im Vergleich mit den eher dürftigen Forderungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung in Abschnitt IV zu Beteiligungsmodellen nach Art. 165 der Reichsverfassung u. E. eben nicht auf ideologische Differenzen zur SPD, wie Schneider (1975, S. 101) es meint, sondern genau auf das Gegenteil. Die Möglichkeit, daß eine erfolgreiche antizyklische Konjunkturpolitik gerade dazu beitragen könne, den Umbauplan der Wirtschaft zu verhindern, wurde weder in der Gewerkschaftsdiskussion noch in den Richtlinien selbst problematisiert, sondern im Zeichen der realanalytischen Unsicherheit als Problem übergangen; es ist zu vermuten, daß dadurch die Glaubwürdigkeit des Programms in der Öffentlichkeit gelitten hat.

Das Ziel des von der organisierten sozialdemokratischen Arbeiterbewegung gemeinsam getragenen Programms zum „Umbau der Wirtschaft“ (57) in einer Alternativkonzeption ist es, die immer wiederkehrenden Auswirkungen kapitalistischer Wirtschafts-anarchie zu beseitigen durch den grundlegenden Umbau der Wirtschaftsstruktur zu einer „planvollen Gemeinwirtschaft“, die sich nur nach dem „Bedarfsdeckungsprinzip“ richtet (58). Erreichbar scheint ihr diese Strukturveränderung des Kapitalismus im „Interesse des Allgemeinwohls“ vor allem über staatliche Eingriffe in „Kapitalbildung und Kapitalverwendung“. Dabei wollte man einerseits an gegenwärtigen Tendenzen – „Gegenwartssozialismus“ – (z. B. wurden 2/3 der Bankgelder von der öffentlichen Hand kontrolliert, deren Einfluß über Aktien auf die Schwerindustrie damit schon sehr hoch eingeschätzt wurde) und Instrumentarien („Bankkommissar“, „Kartellverordnung“, „Ansätze eines Außenhandelsmonopols“, „Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand“, „Anfänge einer Produktionsregelung in der Landwirtschaft“) anknüpfen. Andererseits entwickelte man besondere Vorstellungen zu Veränderungen in den Bereichen I „Konjunktur und Massenkaufkraft“, II „Industrie und Handel“, III „Kredit- und Bankwesen“, IV „Agrarpolitik“ und V „Außenhandelspolitik“. Damit ist zwar eine erscheinende ökonomische Realität beschrieben, aber nicht eine notwendige Analyse aus den Gesetzen der Ökonomie heraus in ihrer historischen Wahrheit geleistet zur Transformation der Gesellschaft, dem im Umbauplan genannten Endziel.

Der letzte 6. Programmpunkt der „Richtlinien“ bezog sich „wirklichkeitsnah“ auf den „Aufbau der Planwirtschaft“, so wie er im „Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems als Gestaltung des Raums zwischen Kapitalismus und Sozialismus“ schon für möglich gehalten wurde. Mit dieser Beschreibung eines vermeintlichen Ist-Zustandes löste dieser Punkt im Lager der politischen Gegner scharfe Reaktionen aus, die die Gewerkschaften wiederum in „Verwechslung“ der Realität mit ihrer ideologischen Abbildung als Bestätigung ihrer Position verstanden. Als Folge davon halfen sie unter dem verführerischen Programmbegriff „Gegenwartssozialismus“ mit Innen- und Außenwirkung die Illusion einer antikapitalistisch wirkenden Tendenz zu verbreiten, die es nur noch stärker durch eine entsprechende Politik zu unterstützen gelte, so wie sie im unmittelbaren Teil des Programms vorliege (59).

unterstützen gelte, so wie sie im unmittelbaren Teil des Programms vorliege (59). Mit dieser „Wunschvorstellung“, wie sie auch Grundlage des Umbauprogramms gewesen ist, hat sich der reformistische Teil der deutschen Arbeiterbewegung noch einmal kurz vor seiner gewaltsamen Zerstörung durch die faschistische Diktatur (60) einen Bezugsrahmen für Strategie und Taktik erstellt, der sich weder hinreichend an den politischen Erscheinungen noch an einer Analyse der Bewegung der Reproduktion des Gesamtkapitals orientierte.

Er baute stattdessen auf kurzschlüssigen Prämissen auf und ruhte ideologisch in sich selbst. Die Berechtigung zum Aufschub des unmittelbaren Kampfes auf den Zeitpunkt des selbst erst erfolgreich einzuleitenden ökonomischen Aufschwungs, wo dann auch günstigere politische und instrumentelle Bedingungen vorzufinden seien, konnte und wurde in diesem Bezugsrahmen dualistischer Zielbestimmung des Umbauprogramms begründbar und hatte damit auch Anteil an der objektiven Kapitulationsbewegung der organisierten reformistischen Arbeiterbewegung.

Von einer alternativen *wirtschaftspolitischen* Konzeption unter Verweis auf den „Umbauplan“ zu reden (und zu agitieren), wäre unseres Erachtens nur dann berechtigt gewesen, wenn gleichzeitig die Bedingungen machtpolitischer Durchsetzung in den Plan gleichwertig zu den ökonomischen „Spekulationen“ aufgenommen worden wären; gerade das war nicht der Fall und machte den Plan zur (blutigen) Makulatur mit fatalen ideologischen Hoffnungen (61). Die weit verbreitete Wirkung dieser Ideologie beruht allerdings grundlegend, ebenso wie ihre Entstehung, auf den Mystifikationen, die das Kapitalverhältnis in seinen Bewegungsformen als politische Ökonomie immer wieder produziert als notwendige Täuschung des Menschen und verfestigt. Damit ist aber *nicht* der Erkenntnischarakter dieses notwendig falschen Bewußtseins bestritten, der sich in dem transzendentalen Schein der kapitalistischen Vergesellschaftung herausbildet; so gesehen ist das notwendig falsche Bewußtsein konstitutives Bewußtsein. Der in diesem Zusammenhang oft parteipolitisch verwendete disziplinierende Begriff der „Überwindung“ im Sinne von Ersetzen durch „richtiges Bewußtsein“ steht quer zu einer sozialrevolutionären *Bewegung*, die sich der Veränderung der Wirklichkeit verpflichtet hat. Über den komplizierten sozialpsychologischen Wirkungsmechanismus ist allerdings damit noch nichts hinreichend gesagt; „falsches Bewußtsein“ erschöpft sich eben nicht mit dem Mystifikationsverweis oder dem auf biographische, kulturelle „Brechungen“ (62). Tatsächliche subjektive Kapitulationsneigungen und Unterwerfungsgesten reformistischer Gewerkschaftsführer, die aus Opportunitätsgründen die Organisation auch glaubten retten zu müssen um den Preis der Suspendierung gewerkschaftlicher Prinzipien, sind daher auch vergleichsweise irrelevant gegenüber dem Bewußtsein reformistisch orientierter Arbeitermassen in den Gewerkschaften, die den Aufschub des Kampfes gegen die nationalsozialistische Bewegung offensichtlich eingehalten haben. Eine relative Anfälligkeit der Arbeiter und Angestelltenbewegung für die Sinnstiftung und das Glückversprechen der nationalsozialistischen Arbeitsideologie, dem Versprechen, die Arbeit zu entmaterialisieren und in einem neuen Arbeitsethos aufzuwerten, darf um der aufklärenden Verarbeitung willen mit zeitgenössischem Bezug nicht geleugnet werden. Nicht nur die akute Krise 32/33 verstärkte die Attraktivität der nationalso-

zialistischen Versprechen (63). Der vorangegangene Entwicklungsprozeß für diese Generation: die völlige Umordnung der Sozialstruktur, die Entwertung des Berufsbildes und -fähigkeiten im industriellen Prozeß, die zunehmende Sinnentleerung der Arbeit über Taylorisierungsprozesse etc. trugen als Erfahrungsprozeß, auf den in Weimar keine, außer pessimistisch/katastrophische kulturkritische Antworten gegeben wurden, zu dieser Anfälligkeit gegenüber einem nationalsozialistischen Ordnungsversprechen wesentlich bei; gerade deswegen verdient die Untersuchung der Entwicklungsprozesse vor der „Zeitwende“ besondere Aufmerksamkeit, denn so gesehen war es für einen Widerstand 1933 schon zu spät. Daß die nationalsozialistische Arbeitsideologie nicht eingelöst wurde, die konkrete Arbeit und Arbeitsorganisation sich nicht positiv ändern konnte wegen der kapitalistischen Strukturkontinuität, war für die Sehnsucht in der obengenannten Hoffnung zunächst irrelevant. Allerdings konstituierte diese Erfahrung als Enttäuschung entscheidend die Widerstandsbewegung gegen den nationalsozialistischen Alltag auf allen Ebenen. Der Nationalsozialismus setzte dagegen zunehmenden Terror und zerschlug alle entsprechenden Organisationen, Partei und Gewerkschaften der Arbeiterbewegung zu allererst.

Eine konsequent antireformistische Gewerkschaftspolitik hätte sich nicht nur auf den Hinweis des „Bankrotts des Reformismus“ (64) in der Krise (65) beschränken dürfen – wo er sowieso schon von der Realität durchlöchert worden war –, sondern hätte die politischen Gefahren aus der Passivität und die Hoffnung auf ökonomisch und politisch stabile Verhältnisse in einem Aufschwung, wie sie im Umbauprogramm vertreten wurden, konsequent als illusionär darstellen und in Initiativen umsetzen müssen, die an dem brüchig gewordenen reformistischen Bewußtsein der Arbeiter ansetzen und diese „Bewußtseinsschranke“ aufzuheben vermögen (66). Wenn „alles Erkennen an die Erkennbarkeit von Kämpfen gebunden ist“, wie Foucault es formuliert, so operierte der ADGB ebenso wie die SPD auch zu diesem Zeitpunkt bestenfalls mit einem strategischen – politisch klassenbezogen inhaltsleeren – Faschismusbegriff unter der simplen „Alternativrhetorik: Sozialismus oder Barbarei“.

In dem Umbauprogramm selbst hätten sich als Ansatzpunkte für transzendierende gesellschaftliche Entwicklungsnotwendigkeiten unter anderem besonders die Ausführungen zum Aufbau einer Planwirtschaft (nach der Krise!) angeboten, die „Hand in Hand gehen sollte mit der Demokratisierung der Wirtschaft“. Einschränkend ist jedoch auch dabei anzumerken, daß die Vergesellschaftung von Politik in dieser Demokratievorstellung nicht zum Ausgangspunkt eine notwendige Hinterfragung der herrschenden tayloristischen Arbeitsteilung im Betrieb nahm, keinen Zusammenhang von Entwicklung individueller Fähigkeiten und gesellschaftlicher Kooperation formulierte *und* keine Rücknahme des Staates in die Gesellschaft vorsah; dies ist mit ein Resultat gewerkschaftlicher Politik, die sich traditionell innerhalb eines Rahmens betrieblicher und tariflicher Abwehrpolitik bewegte und für die sozialen Folgen des Arbeitsprozesses ein weitreichendes soziales Netz als Puffer forderte. Die Beschränkung gewerkschaftlicher Politik ging im Umbauplan sogar so weit, daß in der als sozialistische Endzielprojektion verstandene Bedarfsdeckungswirtschaft nicht einmal die Gewerkschaften als entscheidender Träger vorgesehen

waren. Sie traten zurück hinter den als Planstaat verstandenen Interventionsstaat (68), der auch in ihrem Gesamtinteresse die Volkswirtschaft politisch lenken sollte (69). Als Ergebnis des Umbauplans forderten demnach die Gewerkschaften eine Modernisierungsleistung des demokratischen Staates, die sich letztlich nur trendverschärfend auswirken konnte; die Geschichte gab ihr darin recht, wenn sie auch die Intention auf den Kopf stellte.

Anmerkungen

- 01 Vergl. die Thesen von Blanke, B. 1978, S. 394 ff. zu den Strukturbedingungen sozialdemokratischer ‚Handlungen‘ in der Krise, mit denen wir weitgehend übereinstimmen.
- 01 A Vergl. das Fallbeispiel von 1821 bei der Einführung einer Maschine zum Scheren von Tuch bei Henkel/Taubert, 1979
- 1 Siehe dazu insgesamt Hahn, Th. 1977; diesem Aufsatz liegt eine Bearbeitung des 5. und 6. Kapitels, S. 300 - 430, zugrunde.
- 2 Vgl. Ulrich 1973, S. 5 ff.
- 3 entfällt
- 4 Vgl. hierzu: Schöck, Druck 1977; Neusüß 1978 zum Zusammenhang von sozialer Emanzipation, Produktivkraftentwicklung und Arbeiterbewegung in der Rationalisierungsdebatte der 20er Jahre; dazu auch Hoff 1978
- 5 Gemeint sind hier besonders das Problem des tendenziell proletarisierten Mittelstandes und die Unterstellung, daß Arbeitslosigkeit an sich revolutionär sei; vgl. dazu Sternberg 1932, S. 264 f., 344 ff.; Kadritzke 1975, S. 306 ff., bes. S. 318 ff.; Leppert/Fögen 1975, S. 44, 65; siehe hier auch weiter die ‚linke‘ SPD-Flügelposition zur Notwendigkeit der Integration proletarischer Mittelschichten unter Beibehaltung des Industrieproletariats, ‚als Kern der Bewegung‘ bei Eckstein 1931, S. 158 ff.
- 6 Vgl. Hartwich 1967, S. 270 ff., und die ADGB-Jahrbücher zum Abschnitt ‚Arbeitszeit; der Kampf um den 8 Stunden-Tag‘.
- 7 Risiko ist bezogen auf Gefahr, die bürokratische Verzahnung mit dem System aufzugeben, das bisher erfolgreich ‚Arbeiterinteressen‘ parlamentarisch zugelassen hatte; diese überwiegend bürokratische Politikform unter dem Ziel der eigenen organisatorischen Bestandserhaltung ist verknüpft mit der Erhaltung der demokratischen Grundsubstanz und leitet nolens volens eine Tolerierungspolitik ein, die wiederum zu einer sozialen Radikalisierung führte; den eigenen Politikanteil allerdings vermag man darin nicht mehr zu sehen und lastet sie mit dem Spaltervorwurf z. B. der KPD an; vgl. Blanke 1978, S. 398.
- 8 Vgl. Ulrich 1973, S. 27 - 32 zur Entwicklung des Apparats der Gewerkschaften nach 1918.
- 9 Zitiert nach Ulrich 1973, S. 20; vgl. weiter Leipart 1928, S. 10 f., der daraus auch das Interesse der ‚Gewerkschaften an den politischen Wahlen‘ ableitet.
- 10 Vgl. Ulrich 1973; Brauckmüller/Hartmann 1978
- 10a Vgl. Anm. 2 bei Goldberg 1979, S. 158 zur zeitgenössischen Krisendiskussion
- 11 Vgl. den Versuch von Naphtali 1930
- 12 Weisbrod 1978 passim; Blanke 1978, S. 395 f.; Feldmann 1978 passim
- 13 Braunthal 1928, S. 170
- 14 Skrzypczak 1975, S. 214
- 15 Gates 1974, S. 209; Stephan 1977, S. 14 ff., 192 ff.
- 16 Tarnow, F., zitiert nach Fühlbert/Harrer 1975, S. 231 auf dem SPD-Parteitag 1931 in Leipzig.
- 17 Zur Aufnahme durch die Industriegruppen vgl. Feldmann 1978, S. 119 ff.; weiter auch Stegmann 1976 passim mit Dokumenten

- 18 So Blanke 1978, S. 395 in prägnanter Zusammenfassung
- 19 „Umbau der Wirtschaft; die Forderungen der Gewerkschaften“, Berlin 1932; wir zitieren die weit verbreitete GZ-Fassung, 42. Jg. Nr. 27 vom 2. 7. 1932, S. 418 - 420; vgl. Schneider 1978, S. 232 ff. und Stephan 1978, S. 293 ff.
- 20 Wiederabdruck aus dem Nachlaß von Woytinsky bei Schneider 1975, S. 225 230
- 21 So der stellvertretende Bundesvorsitzende W. Eggert, Protokoll 1932, S. 31; zu diesem Zeitpunkt waren noch 1/3 der Gewerkschaftsmitglieder vollbeschäftigt!
- 22 Protokoll 1932, S. 87
- 22a Vgl. Fassler 1979, S. 264 ff.
- 23 Marx, MEW 23, S. 639
- 24 Damit greifen wir eine in der deutschen Geschichtswissenschaft bisher kontrovers diskutierte Frage auf; vgl. zur Frage: Hüllbusch 1967, S. 128, und *eine* Antwort: Mommsen 1967, S. 267 f. Die Bezeichnung „Merkmale“ wurde gewählt, um anzudeuten, daß sich in der bisherigen Gewerkschaftsentwicklung und auch in der „Großen Krise“ keine in die Praxis wirksam umgesetzte geschlossene Theorie herausgebildet hat und die Begründungselemente in den Krisenplänen sich auch widersprechen können; es geht uns auch weniger um eine weitgehende konjunktur- und krisentheoretische Kritik dieser „Versatzstücke“, sondern mehr um den Nachweis ihrer gewerkschaftspolitischen Tradition und deren Ursachen.
- 25 Danach ist der Umfang der Reproduktionsmittel der Lohnarbeiter einzig davon abhängig, wieweit es ihnen gelingt, den Verteilungskampf um den gesellschaftlichen Reichtum für sich zu entscheiden, d. h. den Unternehmerprofit zu beschneiden über steigende Lohnanteile; vgl. die diese Theorie aufgreifenden Äußerungen in der Gewerkschaftspresse ab der Jahrhundertwende, zitiert bei Wrede 1960, S. 14, 18. Dem entgegen stand die von der Kapitaleseite übernommene Kritik von H. Dietzel in Gestalt der „Produktivitätstheorie des Lohns“, wonach der Lohn sich bei Produktivitätssteigerungen automatisch den volkswirtschaftlichen Produktivitätsfortschritten tendenziell anpassen müsse; vgl. weiter Wrede 1960, S. 19 ff., zur Dogmengeschichte und zur Kritik Adolf Webers an Brentano. Zu Webers Krisentheorie vgl. knapp: Krohn 1977, S. 70 ff.
- 26 Zitat aus Assael 1932, S. 30; hier ist schon der Übergang von der frühen Nominallohnforderung über die Reallohnforderung zum Lohnanteil am Gesamtprodukt durch Tarnow vollzogen; vgl. Tarnow 1923: „Warum arm sein?“, S. 13, wo er die Möglichkeit, Löhne auf Kosten der Profite zu steigern, behauptet; vgl. Woytinsky 1926, S. 97 - 119
- 27 Tarnow in einem Aufsatz zum „Ziel gewerkschaftlicher Lohnpolitik“ in der GZ Nr. 35, 1924, S. 315; hier zitiert nach Abb/Podgajetz 1959, S. 31.
- 28 Wonach der permanente Lohndruck die Vollbeschäftigung dadurch gewährleistete, daß die steigenden Löhne in ihrer Konsumtionskraft die Produktion ständig erweitern. Diese Theorie lebte allerdings in der Rationalisierungsphase wieder heftig auf und wurde geradezu als Ursprung von Rationalisierung und Erhöhung der Produktivität ausgegeben und zusammenfassend als die dynamische Wirkung von Lohnpolitik bezeichnet. Sie ist vielfach modifizierte Grundlage der Lohntheorie auf Gewerkschaftsseite geblieben; vgl. bei Wrede 1960, S. 81 f. die zahlreichen Hinweise auf gewerkschaftliche Publikationen ab 1894, die schon im Ansatz die wichtigsten Argumente der Kaufkrafttheorie vertreten; zur Kritik vgl. Hoffmann 1978, S. 22 ff. und 389 f.
- 28a Vgl. zur heutigen Diskussion: Geipel et al.; Huffschmid; beide 1979, S. 70 ff.
- 29 Derselbe 1926, S. 111 ff.
- 30 Vgl. zu den Krisenursachen: Marx, MEW 24, S. 409
- 31 Marschak: „Höhere Löhne und die Volkswirtschaft“, in DA Nr. 11, 1927
- 32 Vgl. die Argumentation von ADGB und AfA-Bund in der Denkschrift „Gegenwartsaufgaben der deutschen Wirtschaftspolitik“ vom Februar 1926
- 32a Vgl. Kisker, K. P. 1979, S. 24 ff.
- 33 So die zutreffende Einschätzung von Schneider 1975, S. 51
- 34 Hiermit deutet sich eine Achse an von der Konzeption des Organisierten Kapitalismus über die Wirtschaftsdemokratie bis zum Krisenkongreß und den Umbauplan der Wirt-

- schaft anhand der Vorstellung, durch verstärkte staatliche Eingriffe in die Privatwirtschaft sukzessive eine sozialistische Wirtschaftsordnung herzustellen; Arbeitsbeschaffung bedeutet daher auch eingeständenermaßen mehr als ein Notprogramm, wie es Tarnow am Kongreßschluß 1932, Protokoll S. 87, auch ausdrückte. Zur „Achse“ vgl. Stephan 1978 und Brauckmüller/Hartmann 1978, S. 354 f.
- 35 Zitat aus Metall-Arbeiter-Zeitung (MAZ), 38. Jg. 1930, Nr. 10 v. 8. 3. 1930 aus dem Artikel von F(ritz) K(ummer), „Das revolutionäre Automobil“, zitiert nach Stephan 1978, S. 284. Hier tritt grundlegend die Produktionsform als Natur und die rechtliche Formbestimmung als Geschichte auseinander; die kapitalistische Formbestimmtheit der technischen Entwicklung, der Rationalisierung und der Arbeitsveränderungen im Produktionsprozeß selbst werden nicht gesehen, sondern dem Kapital empfohlen, statt der absoluten die relative Mehrwertproduktion breiter durchzuführen. Vgl. Neußß 1978, S. 96, 100.
- 35a Vgl. Hoff 1978; Fassler 1979 zum Fordismus; Schöck 1977 passim
- 36 So Tarnow über die „Grundidee“ des Sozialismus in seinem Vortrag auf dem SPD-Parteitag Leipzig 1931; vgl. den Abdruck in: Brauckmüller/Hartmann 1978, S. 393 ff., „Kapitalistische Wirtschaftsarchie und Arbeiterklasse“.
- 36a Einflußlose Ausnahmen publizierte der Verein für Sozialpolitik mit seinen Industrie- und Betriebsstudien.
- 37 Berlin 1926, S. 30 f.; dabei soll ein Kartellaufsichtsamt nach ihren Vorschlägen die Preispolitik im Interesse der *Gesamtwirtschaft* kontrollieren und bei Verstößen die Kartelle auch auflösen können; es ist zu vermuten, daß die Kartellbildung als „besondere neue beherrschende Regulatoren ökonomischer Macht“ eine Überschätzung von seiten der Gewerkschaften gewesen ist, v. a. wenn man ihre schwindende Effektivität bis zum lautlosen Knall in den 30er Jahren betrachtet; diese Vermutung ist m. W. in der Forschung noch nicht bearbeitet worden. Vgl. dazu Jürgens, Ulrich 1978 und Fassler 1979, S. 212 ff.
- 38 Aus DA Nr. 4, 1926; hier zitiert nach Linde 1932, S. 41
- 39 Auch gerade unter diesem Aspekt sind die Analysen als zu ‚grobschlächtig‘ zu kritisieren, die heute wieder produktive von unproduktiver Arbeit mit dem (politischen) Ziel unterscheiden, den produktiven Arbeiter (Gesamtarbeiter) als Kernbereich/Träger der proletarischen Revolution bestimmen zu können; dieses dogmatische Marxverständnis deckt sich weitgehend mit der o. g. parteiorthodoxen revisionistischen Form/Inhaltstrennung pervertiert entleerter Sozialismusvorstellungen.
- 40 Kampffmeyer: „Der Produktionsgedanke in den Gewerkschaften“, in: „Sozialistische Monatshefte“, August 1925, S. 451, hier zitiert nach König 1964, S. 146; vgl. auch auf gleicher Grundlage formulierte Gedanken zur „Wirtschaftsdemokratie“ bei Naphtali et al., passim, und bei Tarnow 1928, passim; weiterhin Huffschild 1979, passim
- 41 Siehe hierzu Kadritzke, N., 1974, S. 76
- 42 Vgl. zur historischen Krisendiskussion Goldberg, J. 1979, S. 158, Anm. 2; weiterhin: Deutschmann 1974, passim; Krise und Kapitalismus bei Marx, 1975, S. 459 ff.; Krätke, M., 1977, S. 477 ff.; Berger, J., 1979, S. 120 ff.
- 43 bis 46 entfallen
- 47 Tarnow 1928, S. 43 ff.
- 48 So die unzutreffende, aber zeitgenössische Bezeichnung
- 49 Abgedrängt bis zur gewaltsamen Auflösung der Gewerkschaften nach 1933, bis zur Militarisierung der Produktion und der Heroisierung der „Gestalt des Arbeiters“ (vgl. Jünger 1932 und Speers Ästhetisierung des nationalsozialistischen Unterwerfungsrituals) mit Unterbleichkeitsmythos im permanenten Opfergestus, wie ihn die Zyklopenbilderentwürfe entlang der geplanten Autobahnen bis zum Ural vorsahen; auch an diesem Anfangserfolg der nationalsozialistischen Sinnstiftungsideologie ist die organisierte Arbeiterbewegung nicht völlig unbeteiligt gewesen.
- 50 So Tarnow 1932 auf dem Gewerkschaftskongreß der Sattler, hier zitiert nach Heer 1971, S. 128
- 51 Woytinsky, 6/1931, S. 414; hier zitiert nach Schneider 1975, S. 136; ders. 1978, S. 220 ff. und Dokumente, S. 256 ff.

- 52 Die wichtige Frage an diesen ‚Umbauplan‘ ist: „Wie wird Sozialismus gedacht, wenn die Degradierung im Produktionsprozeß, die Hierarchie zwischen den Individuen durch die spezifische Form der Arbeitsteilung und Herrschaft im Industriebetrieb nicht angetastet wird? Welche Vorstellung vom gesellschaftlichen Individuum wird überhaupt entwickelt ...?“ Diese Frage, die Neusiß 1978, S. 76 f. stellt, können wir im Vorab schon so beantworten, daß aufgrund der von uns eingangs dargelegten Strategiebildung der Gewerkschaften *diese* Ebene sozialistischer Perspektiven nicht bedacht worden ist.
- 53 Naphthali 1930, S. 24 im Kapitel: „Die Wege der Heilung“ (Hervorhebungen im Original). Dort auch der wichtige Hinweis auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die nur im Rahmen der Sanierung der öffentlichen Finanzen erfolgen dürfen, wobei nur „Scharlatane“ ihnen ein großes Ausmaß geben. Mit dieser deflationsorientierten Argumentation, die die SPD während der ganzen Krise politisch folgenscher durchgehalten hat, unterscheidet Naphthali sich *ökonomisch* nicht von Braunthal, der es ablehnte, dem „Patienten Stimulantien zu geben, da dies die Heilung künstlich erschwere“, der sich damit wiederum nicht von liberalen bürgerlichen Konjunkturtheorien abzuheben vermag; vgl. Schneider 1975, S. 78.
- 54 Woytinsky 1/1931, S. 11 - 31, hier S. 20. Dort wirft er auch der SPD weiter vor, die politischen Gefahren aus der Deflationspolitik, die ja direkt Brüning und dessen Primat in der Reparationsfrage unterstützte, nicht mehr zu erkennen.
- 55 Im Reichstag selbst mobilisierten die SPD-Gegner des WTB-Plans, die auch den Parteivorstand auf ihrer Seite wußten, die ganze Fraktion – natürlich außer Baade – gegen das gewerkschaftliche Arbeitsbeschaffungsprogramm. Damit war die politisch-parlamentarische Vertretung gewerkschaftlicher Positionen durch die Sozialdemokratie so gut wie unmöglich geworden.
- 56 Hier zitiert nach Schneider 1975, S. 236
- 57 Vgl. Wiederabdruck bei Schneider 1975, S. 231 ff.; der SPD-Antrag auch bei Schneider 1978, S. 265 ff.; die Kommentierung von Arons bei Stephan 1978, S. 322 ff. An die GZ-Veröffentlichung vom 2. 7. 1932, S. 418 - 420 schließt sich eine ausdrücklich positiv gehaltene differenzierte Interpretation eines Gegners der Arbeitsbeschaffungsprogramme an, der dem ‚SPD-Flügel‘ zuzurechnen ist, des sozialdemokratischen Gewerkschafters Hans Arons. Typische Einzelbegriffe des Programms und dessen Erläuterungen haben wir in Anführungszeichen gesetzt.
- 58 Und leider nicht, wie Hoffmann 1978, S. 391 meint, einer faschistischen Krisenlösung vorzubeugen, denn dann hätte der Plan konkreter und situationsspezifischer sein *und* die Frage der Durchsetzungsmacht deutlich einschließen müssen; so aber wartete die „Masse“ und die „Führung“ 1933 wechselseitig auf das Signal zum ‚Losschlagen‘; bzw. Partei und Gewerkschaft unterstellten, daß die Massenbasis im rechten Augenblick Widerstand leisten werde und diese wiederum durfte annehmen, daß ihre Organisationsspitze fähig und willens sei, den richtigen Zeitpunkt dafür zu bestimmen. Resultat: A tentismus!
- 59 Legt man, wie Hoffmann 1978, S. 394, dem Plan die Dreiheit von Vergesellschaftung, Planung und Demokratisierung als Fixpunkte des „Umbaus“ zugrunde, so fällt neben der programmatischen „Leere“ wiederum auf, daß dem damit umschriebenen „Sozialismus“ jegliche Orientierung an der Produzentenrolle der Arbeitskräfte fehlt, ein Emanzipationsbegriff auch kaum noch Platz findet; vgl. die von uns zitierten Fragen von Neusiß 1978, S. 76, dort.
- 60 Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie, wenn sie gezwungen ist, mit der Politik der Konzessionen an die Arbeiterklasse Schluß zu machen, bzw. als eine die Politik der „Arbeitsgemeinschaften“ liquidierende Form der bürgerlichen Herrschaft, die die Arbeiterklasse ihrer legalen Existenz beraubt; diese wichtige Differenz zwischen einer politischen Reaktion im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie und der faschistischen Form bürgerlicher Herrschaft hatte in einem solchen Bezugssystem überhaupt keine Möglichkeit mehr, erkannt zu werden. So konnte Tarnow auch nur auf die „kulturelle Entwicklung“ im August 1932 verweisen, die einen „Rückfall in einen balkanischen Räuberstaat“ nicht gestatten würde; hier zitiert nach Heer 1971, S. 129 und 149. Erst nach den Septemberwahlen befaßte sich der ADGB mit der NSDAP in der Öffentlichkeit als ihrem po-

- litischen Gegner; dagegen ist die letzte Ablage im Ordner „Nationalsozialismus“ in den erhalten gebliebenen ADGB-Bundesvorstandsakten mit Januar 1930 datiert; vgl. Skrzypczak 1975, S. 214, FN 34. Genauer: Schneider 1978, S. 154
- 61 So bei Hilferding, der mit Bezug auf Hitler im Januar 1933 in einem Artikel „Zwischen den Entscheidungen“ schrieb: „La légalité le tué“; zitiert nach Grebing 1978, S. 374
- 62 Vgl. hierzu etwa: Hack 1977 zur Konstitution sozialer Relevanzstrukturen
- 63 Vgl. die wichtigen Ansätze des Instituts für historisch-sozialwissenschaftliche Analysen des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften der Uni Frankfurt; besonders zur „Faschistischen Öffentlichkeit“ 1979
- 64 So der zeitgenössische Titel einer RGO-Propagandaschrift von Fritz David
- 65 Sie hätte als Gewerkschaftsgruppierung schon in der ökonomisch- und sozialpolitischen Konjunktur, in der gerade der Reformismus objektive Konjunktur und damit eine starke Bindekraft gegenüber der Arbeiterklasse hatte, eine illusionsfreie anti-reformistische Politik konsequent betreiben, d.h. auch an den tragenden reformistischen Bildungselementen ansetzen müssen.
- 66 Vgl. Kadritzke 1974, S. 85 f. Die Gefahr, daß die politische Macht in dieser Krise an die Partei fallen könnte, die den wirtschaftlichen Aufstieg verspricht bzw. den von ihr unabhängigen Aufschwung für sich politisch zu verbuchen verstünde, wurde von seiten des ADGB, gerade gegen die wirtschaftspolitische Passivität der SPD gerichtet, zunehmend betont; vgl. u.a. Woytinsky 1/1932, S. 11 - 31; Baade 10/1932, S. 612 - 617 und besonders Tarnow im August 1932, der als die Gewinner die „Nazis“ sieht, aber gleichzeitig einschränkend in Übereinstimmung mit der KPD in diesem Punkt sagt: „Es ist unmöglich, daß die Nationalsozialisten, wenn sie einmal die politische Macht bekommen würden, in der Lage wären, all die Wechsel, die sie ausgestellt haben, einzulösen.“ Zitiert nach Heer, 1971, S. 131; vgl. auch S. 129 und 149 dort.
- 67 Vgl. dazu die Analysen bei Trentin 1978 für Italien und seine qualitativen Ansätze zum Verhältnis von Politik und Ökonomie für eine erfolgreiche Gewerkschaftspolitik auch in der Krise; S. 154 ff.
- 68 Siehe hier besonders Poulantzas 1975, S. 123 ff. und passim
- 69 Vgl. zur tendenziellen Einschränkung der Autonomie der Gewerkschaften den Grundgenaußsatz von Erdmann 3/1933, S. 129 - 161: „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“, wo er die Bereitschaft der Gewerkschaften, im „neuen Staat“ mitzuarbeiten, betont. Siehe die gegensätzliche Position bei Broecker 2/1933, S. 65 - 74, der gerade am negativen Beispiel des italienischen Korporationsstaates die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom jeweiligen Staat für unabdingbar hält.

Abkürzungsverzeichnis

- IRA = industrielle Reservearmee
- ZAG = zentrale Arbeitsgemeinschaften der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands
- DA = ‚Die Arbeit‘; ADGB-Zeitschrift
- GA = ‚Gewerkschaftsarchiv‘
- GZ = ‚Gewerkschaftszeitung‘ des ADGB
- ALO-V = Arbeitslosenversicherung
- KRÜ = Krisenunterstützung
- RGO = Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition (KPD)
- FG = Freie Gewerkschaften
- ADGB= Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
- NS = Nationalsozialismus
- WTB = Woytinsky-Tarnow-Baade; Dr. Fritz Baade, Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen. Fritz Tarnow, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes. Wladimir Woytinsky, Statistiker im ADGB; vgl. genauer: Schneider 1975 passim

Hauptsächlich verwendete Literatur

- Assael, H., Gewerkschaftliche Lohnpolitik und Arbeitslosigkeit für die Zeit nach der Stabilisierung in Deutschland (1924 - 32); Hamburg 1932
- Abb, F., Podgajetz, I., Die gewerkschaftliche Lohnpolitik in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik; in: Schmollers Jahrbuch 1959, Bd. 2, Nr. 79, S. 29 - 70
- Blanke, Bernhard, Sozialdemokratie und Gesellschaftskrise; Hypothesen zu einer sozialwissenschaftlichen Reformismustheorie; Ffm, 1978; in: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik, Bd. 2, Hrsg. W. Luthardt, S. 380 - 408
- Brauckmüller, Bernd, Hartmann, Reinhard, Organisierter Kapitalismus und Krise; ebenda, Bd. 1, S. 354 ff. und Dokumente, S. 369 ff.
- Braunthal, A., Die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, Berlin 1928
- Broecker, B., Gewerkschaften und politische Willensbildung, in: DA, H. 2 1933 (Februar), S. 65 - 74
- Baade, F., Planwirtschaft und Gegenwartssozialismus, in: DA, H. 10, 1932, S. 612 - 617
- Deutschmann, Chr., Die Weltwirtschaftskrise als Problem der marxistischen Krisentheorie; Ffm 1974; in: C. Pozzoli (Hrsg.): Krisen und Krisentheorien, Arbeiterbewegung, Theorie und Geschichte; S. 157 - 188
- David, Fritz, Der Bankrott des Reformismus; Berlin 1932; reprint 1970
- Eckstein, E., Wie soll die Organisation aussehen?; in: Die Organisation im Klassenkampf; Berlin 1931, S. 153 - 165
- Erdmann, L., Nation, Gewerkschaft und Sozialismus; in: DA, 10. Jg. 1933, H. 3 (März), S. 129 - 161
- Fassler, M., Gemeinschaft oder Herrschaft; Zerfallsgeschichte einer Utopie herrschaftsfreier Gesellschaft; Gießen 1979
- Feldmann, G. D., Aspekte deutscher Industriepolitik am Ende der Weimarer Republik 1930 - 32; in: Karl Holl (Hrsg.): Wirtschaftskrise und liberale Demokratie, Göttingen 1978, S. 103 - 125
- Fühlbert/Harrer, Die deutsche Sozialdemokratie 1890 - 1933; Darmstadt/Neuwied 1974
- Gates, R. A., Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929 - 1933; in: H. Mommsen u.a. (Hrsg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 206 - 224
- Grebing, Helga, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Luthardt, W. (Hrsg.), Ffm 1978, S. 259 ff., Dok. 280 ff., Bd. 2
- dies., Antifaschismus und Arbeiterbewegung; in: IWK 4/78, S. 480 ff.
- Hack, Lothar, Subjektivität im Alltagsleben. Zur Konstitution sozialer Relevanzstrukturen; Ffm, New York 1977
- Hahn, Thomas, Arbeiterbewegung und Gewerkschaften: eine Untersuchung der Strategiebildung der ‚Freien Gewerkschaften‘ auf dem Arbeitsmarkt am Beispiel des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit mit Arbeitsnachweisen und Arbeitslosenunterstützung bis zum Arbeitsbeschaffungsprogramm in der Wirtschaftskrise Deutschlands 1928 - 33; Diss. FU Berlin, 24. Juli 1977
- Hartwich, H.H., Arbeitsmarkt, Verbände, Staat 1918 - 1933; Berlin 1967
- Heer, Hannes, Burgfriede oder Klassenkampf; zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930 - 33; Neuwied 1971
- Henkel, Martin/Taubert, Rolf, Maschinenstürmer. Ein Kapitel aus der Sozialgeschichte des technischen Fortschritts. Frankfurt a. M. 1979
- Hoff, Andreas, Gewerkschaften und Rationalisierung; in: ‚Mehrwert‘, Nr. 15/16; Berlin 1978
- Hoffmann, J., Ökonomischer oder politischer Krisenzklus?; Diss., Ms FU Berlin, 8. 6. 1978
- Hüllbusch, U., Die deutschen Gewerkschaften in der Weltwirtschaftskrise, in: Conze et al. (Hrsg.), Die Staats- und Wirtschaftskrise des deutschen Reiches 1929 - 33; Stuttgart 1968, S. 126 - 154
- Jürgens, Ullrich, Selbstregulierung des Kapitals; Diss FU, Ms Berlin 1977

- Jünger, Ernst, *Der Arbeiter*; Hamburg 1932
- Kadritzke, Ulf, *Angestellte – die geduldigen Arbeiter*; Ffm/Köln 1975
- Kadritzke, Niels, *Reformismus als ‚Sozialfaschismus‘*; in: *ProKla*, Heft 11/12, IV. Jg. Nr. 1 Berlin 1974, S. 59 - 89
- Kampfmeyer, P., *Der Produktionsgedanke in den Gewerkschaften*; in: *Sozialistische Monatshefte*, 1925, S. 416 ff.
- König, E., *Vom Revisionismus zum ‚Demokratischen Sozialismus‘; Kritik des ökonomischen Revisionismus in Deutschland*. Berlin 1964
- Autorenkollektiv, *Krise und Kapitalismus bei Marx*; Berlin 1975; 2 Bände
- Krohn, C.-D., *Zur Krisenendebatte der bürgerlichen Nationalökonomie in Deutschland während der Weltwirtschaftskrise 1929 - 33*; in: *Gesellschaft ...* 10; Ffm 1977, S. 51 - 88
- Leppert-Fögen, A., *Arbeiterbewegung und Kleinbürgertum vor dem deutschen Faschismus*, in: Pozzoli (Hrsg.), *Jahrbuch der Arbeiterbewegung ...*, Ffm 1976, S. 45 - 65
- Leipart, Th., *Auf dem Wege zur Wirtschaftsdemokratie*; Berlin 1928
- Linde, H., *Lohntheorie und Lohnpolitik der Sozialdemokratie*; Wien-Berlin 1931
- Marschak, J., *Die Lohndiskussion*; Tübingen 1930
- Marx, K., *MEW* 23, 24, 25; Dietz Verlag, Berlin (DDR); blaue Ausgabe
- Mommsen, H., *Gewerkschaften und wirtschaftliche Krisen*; in: *Gewerkschaftliche Monatshefte* 5/76, S. 273 - 279, Düsseldorf
- Naphtali, Fritz, *Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit*; Berlin 1930
- Neusiß, Christel, *Produktivkraftentwicklung, Arbeiterbewegung und Schranken sozialer Emanzipation*; in: *ProKla* 31 (1978) Berlin, S. 75 - 113
- Poulantzas, Nicos, *Politische Macht und gesellschaftliche Klassen*; Ffm 1974 (Org. 1968) zit. A 75
- Skrzpczak, H., *Zur Strategie der Freien Gewerkschaften in der Weimarer Republik*, in: Vetter, O. (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*; Köln 1975; S. 201 - 229
- Schöck, Eva, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung 1920 - 28*; Ffm 1977
- Schneider, Michael, *Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB; zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik*; Bonn 1975
- ders., *Arbeitsbeschaffung*, in: Luthardt, W., a.a.O., Bd. 1
- Sternberg, Fritz, *Der Niedergang des deutschen Kapitalismus*; Berlin 1932
- Stephan, Cora, *Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen*; Ffm 1977
- dies., *Wirtschaftsdemokratie und Umbau der Wirtschaft*; in: Luthardt, W. (Hrsg.), Ffm 1978, Bd. 1, S. 281 ff. und Dok. 293 ff.
- Stegmann, Dirk, *Kapitalismus und Faschismus in Deutschland 1929 - 1934*; in: *Gesellschaft ...* Nr. 6, Ffm 1976, S. 19 - 91
- Tarnow, Fritz, *Kapitalistische Wirtschafts-anarchie und Arbeiterklasse*; Leipzig 1931 (Sonderdruck des Parteivorstandes)
- ders., *Warum arm sein?* Berlin 1928
- ders., *Ohne öffentliche Arbeitsbeschaffung geht es nicht!* in: *GZ* Nr. 27, 42. Jg. 2.7.1932, S. 417 f.
- ders., *Die Produktivitätsfrage im Kapitalismus*, in: *DA*, 1932, H. 9, S. 5121 - 27
- ders., *Rede auf dem Gewerkschaftskongreß der Sattler und Tapezierer 1932 (August) in Stuttgart*; s. Heer, H. 1971
- ders., *Die Stellungnahme der freien Gewerkschaften zur Frage der Wirtschaftsdemokratie*; Jena 1929
- Trentin, Bruno, *Arbeiterdemokratie; Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte*, Hamburg 1978
- Ullrich, H., *Die Einschätzung von kapitalistischer Entwicklung und Rolle des Staates durch den ADGB*; in: *ProKla* 6, Berlin 1973, S. 1 - 70
- Weisbrod, B., *Schwerindustrie in der Weimarer Republik*; Wuppertal 1978
- Wrede, K., *Produktivität und Distribution im Lichte gewerkschaftlicher Lehrmeinungen der Weimarer Epoche 1918 - 33*; Berlin 1960
- Woytinsky, W., *Wirtschaftskrise und Lohnpolitik*; in: *Die Gesellschaft*, 1926, Bd. 1, S. 97 - 119

ders., Internationale Hebung der Preise als Ausweg aus der Krise; Leipzig 1931
ders., Weltwährungspolitik gegen Weltwirtschaftskrise; in: DA 1931, H. 7, S. 498 ff.
ders., Wann kommt die aktive Wirtschaftspolitik?, in: DA 1932, Nr. 8 (Januar), S. 11 ff.
ders., Arbeitsbeschaffung und keine Inflationsgefahr!; in: DA 1932, März, S. 142 - 154

Nachtrag

Berger, Johannes, Der Grundgedanke der Marxschen Krisentheorie; Berlin 1979, S. 120 ff.; in:
Argument Sonderband AS 35
Geipel, Ute et al., Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung; ebenda, S. 70 ff.
Huffschnid, Jörg, Möglichkeiten systemimmanenter Krisenüberwindung?, ebenda, S. 88 ff.
Goldberg, Jörg, Krisen und Überproduktion; ebenda S. 149 ff.
Kisker, K. P., Politische Bedingungen der Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik?
ebenda S. 24 ff.
Krätke, Michael, Krise der Krisentheorie; Berlin 1977, Argument 104, S. 477 ff.
Stolle, Utal, Arbeiterpolitik im Betrieb 1900 - 1933; Ffm 1980

++++
+ In der PROKLA erschien zum Thema: +
+ +
+ Hans Ulrich, Kapitalistische Entwicklung und Rolle des Staates in der Einschät- +
+ zung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in: PROKLA Nr. 6 +
+ (1973) +
++++